

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Robert Viktor, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbam, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Bethege, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schrotbohrerstraße). Fernsprech-Anschluss Nr. 1867.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (incl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.90 Mk. In der Expedition und den Postämtern (vierteljährlich) 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 250 g. Briefporto. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inzeratongebühr die fünfgezeigte Zeile 15 Pf. Post-Beitragliche Nr. 7539.

Nr. 212.

Magdeburg, Sonnabend, den 10. September 1898.

9. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Verhandlungen der Magdeburger Bau- und Kreditbank mit der kaiserlichen Oberpostdirektion in Berlin.

Die Magdeburger Bau- und Kreditbank gehört dem Arbeitgeberverbande an. Diese Mitgliedschaft ist (wie in öffentlicher Versammlung erklärt wurde) der Bau- und Kreditbank von dritten Personen aufgebrängt, nur widerwillig ist dem Drängen nachgegeben worden. Einmal Mitglied jenes Verbandes, hat die Bau- und Kreditbank alle Beschlüsse des Verbandes auszuführen. Und so kam es, daß auch auf dem Postneubau sämtliche Maurer und Bauarbeiter plötzlich entlassen wurden, damit diese einen Druck auf die ausständigen Zimmerer ausüben sollten.

Nach Beendigung des Ausstandes resp. der Aussperrung wurde auf dem Postneubau die Arbeit mit vermehrten Kräften aufgenommen. Da wurde seitens des Arbeitgeberverbandes die zweite Aussperrung proklamiert und auch ausgeführt. Diesmal hatte die Bau- und Kreditbank sich gesichert und entgegen den Beschlüssen des Arbeitgeberverbandes keine Arbeiter ausgesperrt. Dieselben sympathisierten aber mit ihren kämpfenden und leidenden Kameraden. Und als deren Bemühen, den unseligen Streit aus der Welt zu schaffen, Frieden zu schließen, erfolglos blieben, als die auf dem Postneubau beschäftigten Arbeiter merkten, daß es sich um Machtfragen, um die Niederzwingung der Arbeiter um jeden Preis, die Vernichtung ihrer Organisation handelte, da traten sie auf Seite ihrer Kameraden und legten die Arbeit nieder. (Beschäftigt waren 50 Maurer, 10 Lehrlinge, 15 Arbeiter und 2 Poliere.)

Durch die von der Bau- und Kreditbank ausgeführte Aussperrung ihrer Arbeiter, dann auch durch die Niederlegung der Arbeit durch dieselben, ist der Fortgang des Postneubaus sehr gehemmt worden. Hiervon hat die Bau- und Kreditbank die Postdirektion in Magdeburg sowohl als auch das Reichspostamt in Kenntnis gesetzt.

In einer früheren Nummer hatten wir ausgeführt, daß dem Reichspostamt die Situation ganz anders dargestellt worden ist, als sie in Wirklichkeit war und versprochen, die Angelegenheit im Reichstage zur Sprache zu bringen. Unsere Vermutung, daß im vorliegenden Streitfall wiederum partiell verfahren werden würde, hat sich nur zu bald bestätigt.

Die Bau- und Kreditbank hat an das Reichspostamt unter dem Signum „Erneuter Streit der Bauhandwerker, zum Bericht vom 26. Juli“, am 5. September folgendes berichtet:

Der am 25. Juli d. J. beendete Streit der Bauhandwerker hieselbst ist neuerdings wegen Lohnstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wiederum ausgebrochen. Während hierbei anfänglich der hiesige Postneubau ausdrücklich von den Parteien ausgenommen war, sind die Bauhandwerker seit verfloßenen Sonnabend in den Generalstreik eingetreten.

Der Postneubau ist heute nur noch mit einem Polier, 9 Maurergesellen, 4 Lehrlingen und 12 Arbeitern besetzt.

Wegen etwa zu ergreifender Maßnahmen wird, sofern die mit der Unternehmerin der Maurerarbeiten (Magdeburger Bau- und Kreditbank hieselbst) eingeleiteten Verhandlungen zur baldigen Beschaffung anderweitiger geeigneter Arbeitskräfte zu keinem erfolgreichen Abschluß gelangen, weiter berichtet werden.

Der Oberpost-Direktor Wächter legte dem Herrn Regierungsbaumeister Sello hier (Postneubau) folgendes Schreiben vor:

Die Streikbewegung wollen Sie unausgesetzt im Auge behalten und über wichtige Momente, namentlich sofern eine Einwirkung auf den Unternehmer angezeigt erscheint, berichten. An denselben Herrn richtete die Bau- und Kreditbank folgendes Schreiben:

Wir gestatten uns Ihnen ergebenst der Ordnung halber mitzuteilen, daß, wie Ihnen bereits bekannt sein wird, seitens der hiesigen Zimmerer, Maurer und Bauarbeiter, von (Sonnabend) ab, die Arbeiten eingestellt worden sind. Gegen das Auftreten und Verhalten sind wir machtlos, so daß wir Sie nur im Vertrauen auf das uns seitens der kaiserlichen Postbau-Verwaltung bei dem vorigen Ausstande der Bauhandwerker gültig erwiesene Entgegenkommen, auch im vorliegenden Falle um geneigte Rücksicht und Unterstützung und Bekämpfung des Streiks höflichst bitten können. Die hierauf eingegangene Antwort lautet:

Von Ihrem gefälligen Schreiben, betreffend den erneuten Ausstand im Baugewerbe, habe ich, die kaiserliche Oberpostdirektion in Kenntnis gesetzt. Wenn auch, wie es wohl erklärlich ist, gegen das Verhalten der Arbeiter nicht anzukämpfen ist, so erwache ich jedoch ergebenst, keine Bemühungen zu unterlassen, anderweitige Kräfte heranzuziehen und auf dem Postneubau zu beschäftigen.

Zunächst widerlegt dieser Schriftwechsel die Behauptung der Unternehmerpresse, von dem „Angebot Arbeitswilliger“, so dann bekundet derselbe die Geschlossenheit der Bauhandwerker, der gegenüber die Arbeitgeber „völlig machtlos“ sind. Ein schöneres Zeugnis kann den Bauhandwerkern

wahrlich nicht ausgestellt werden. Sodann zeigt uns der Schriftwechsel die völliige Parteilichkeit der Arbeitgeber, der sich, infolge der falschen Darstellung des Sachverhalts, auch die Herren der Postverwaltung bedauerlicherweise angeschlossen haben.

Daß der Streit eine Folge der brutalen Aussperrung sämtlicher Bauhandwerker ist, davon erfährt die Postverwaltung nichts. Es wird ihr auch verschwiegen, daß die Arbeiter auf dem Postneubau, die am Streit der Zimmerer gar nicht beteiligt waren, vom Bauplatz getrieben wurden. Mit einer bewundernswerten „Burschlichkeit“ geht die Bau- und Kreditbank auch über die Ursachen des gegenwärtig tobenden Streites hinweg — sie spricht von ausgebrochenen „Lohnstreitigkeiten“. Das ist doch eine vom Himmel heruntergelangte Unwahrheit.

Die Arbeiter haben gar keine Lohnforderungen gestellt, wie dies in Resolutionen ausgedrückt und an dieser Stelle mehrfach erörtert wurde; die Arbeiter haben nur auf Durchführung der vor dem Herrn Oberbürgermeister zugestandenen Beschlüsse gedrungen, welche sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das kommende Jahr beziehen.

Es ist deshalb eine Unmaßung sondergleichen, die Postverwaltung um „Unterstützung“ und „Bekämpfung des Streiks“ anzurufen, da es sich um eine brutale Aussperrung handelt. Die Bau- und Kreditbank hat der Postverwaltung eine schöne Suppe eingetrocknet; sie wird im Reichstage bei der Beratung des Postetats den Vertretern der Arbeiter Rede und Antwort stehen müssen.

Herr Postdirektor Wächter sprach von einer „Einwirkung auf den Unternehmer“. Nun in keinem Falle war eine Einwirkung auf den Unternehmer notwendiger als im vorliegenden Falle. Weit über Magdeburgs Mauern ist man sich darüber klar, daß der ganze Streit von dem Arbeitgeberverbande vom Baune gebrochen wurde und es nur an ihm liegt, den Streit aus der Welt zu schaffen.

Schließlich lehrt uns aber auch der Schriftwechsel, wie schlecht die Postverwaltung über den Streit unterrichtet ist: ihr Ausschluß zu geben, wird nunmehr Aufgabe der Aussperrten und Streitenden sein.

Zum Klassenkampf in Magdeburg.

643 Arbeitswillige sollen die Arbeit wieder aufgenommen haben — so ist der hiesigen Presse seitens des Arbeitgeberverbandes mitgeteilt worden. Wir haben diese Zahlen unter Vorbehalt wiedergegeben. Die Streikleitung hat sofort die Bauten revidiert und folgendes Resultat ermittelt.

	Angaben des Arbeitgeber-Verbandes	Angaben der Streikleitung
In Arbeit stehen . . .	164 Maurer	90 Maurer
„ „ „ . . .	96 Zimmerer	75 Zimmerer
„ „ „ . . .	383 Bauarbeiter	178 Bauarbeiter
Zusammen	643 Personen	343 Personen

Der Arbeitgeberverband hat also 300 Arbeitswillige mehr herausgerechnet; außerdem wird unsere Angabe bestätigt, daß unter den 343 „Arbeitswilligen“ sich diejenigen Personen befinden, welche die Arbeit überhaupt nicht niedergelegt haben, die Arbeit also gar nicht haben „aufnehmen“ können. Mit den unrichtigen Angaben des Arbeitgeberverbandes soll bezweckt werden, Uneinigkeit und Dankelbarkeit in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Ob diese Manöver dem Arbeitgeberverband gelingt, bleibt abzuwarten.

Es sind abgereift: 8 Maurer, 8 Bauarbeiter. In den Ausstand sind getreten 8 Bauarbeiter mit 13 Kindern. Die Zahl der durch die Aussperrung in Mitleidenschaft gezogenen Personen beträgt somit 4200. — Am Montag reisen nach den bis zur Stunde eingelaufenen Nachrichten 116 Maurer ab.

Von den Behörden und Unternehmern.

Die Bauten werden fortgesetzt bewacht. Sifirungen sind nicht vorgekommen; ein Beweis, wie sehr die Arbeiter die Gesetze respektieren (damit vergleiche man das wüste Geschimpfe der hiesigen Presse über den „Terrorismus der Arbeiter“). Die Streikposten, die überall ihrer Pflicht nachkommen, bleiben, da sie nur beobachtende Stellung nehmen und etwa zureisende Kollegen auf den Ausstand in Magdeburg aufmerksam machen, unbehelligt. Jeder Bedrohung, Beschimpfung und Nötigung enthalten sich die Streikposten. Dies konstatierten zu können erfüllt uns mit hoher Freude. Auch beim vorhergehenden Ausstande ist so verfahren worden, weshalb auch fast sämtliche wegen groben Unfugs angeklagt gewesenen Streikposten freigesprochen wurden. Bei der letzten Verhandlung vor dem Schöffengericht Neu-

stadt hatte selbst der Herr Rechtsanwalt Freisprechung beantragt. —

Daß dem Arbeitgeberverband das Feuer auf die Nägel brennt, geht aus seinen weiteren Maßnahmen hervor. Bekanntlich gehört die Mehrheit der hiesigen Bauunternehmer nicht dem Arbeitgeberverbande an. Da der Streit nur zwischen den Mitgliedern desselben und den von ihm beschäftigten Verbände tobt, sind die übrigen Bauunternehmer davon ausgeschlossen. Auf ihren Bauten wird rüstig gearbeitet, auch hat ihr Kundenkreis sich wesentlich vermehrt. Da weiter die größere Hälfte der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ihrer Beschäftigung nachgehen können, so ist den Aussperrten dadurch eine nicht zu unterschätzende Hilfe gegeben. Um nun einen Druck auf die nicht dem Verbande angehörenden Unternehmer ausüben zu können, damit sie sich entweder dem Verbande anschließen oder die in Arbeit stehenden Personen entlassen werden, hat man sich mit einem hiesigen Mörtel- und Sandlieferanten in Verbindung gesetzt, den nicht dem Verbande angehörenden Arbeitgebern keinen Mörtel resp. Sand zu liefern. Was hierbei herausspringt, wird die Zukunft lehren. Wir möchten aber raten, den Bogen nicht allzusehr zu spannen. Wird die Drohung ausgeführt, könnte sehr leicht auch den Arbeitern Hilfe kommen — die Bautischler, Glaser, Stuccateure, Maler, Ofenheizer, Dachdecker (überhaupt sämtliche zum Baufach zählende Personen) stehen noch in Reserve. Treten auch die in den Ausstand, so dürfte derselbe einen nie geahnten Umfang annehmen und den gesamten Geschäftsbetrieb lahmlegen — also Vorsicht, ihr Herren. —

Der Arbeitgeberverband hat auch mit den Besitzern der Kiesgruben bei Diesdorf und den Ziegeleibesitzern bei Dibenstedt wegen Nichtlieferung von Material an die dem Verbande nicht angehörenden Bauunternehmer verhandelt. Während die ersteren dem Wunsche des Arbeitgeberverbandes zugestimmt haben sollen, sind die Verhandlungen mit den letzteren noch nicht abgeschlossen. Wir haben vorstehend die Meinung der Arbeiter zum Ausdruck gebracht. Wir können nur wiederholen: Der Arbeitgeberverband möge den Bogen nicht zu straff spannen. Die Arbeiterschaft steht gerüstet. —

Aus der hiesigen Presse.

Die gesamte hiesige bürgerliche Presse druckt aus Gefälligkeit für den Arbeitgeberverband dessen Mitteilungen über die Aufnahme der Arbeit seitens Arbeitswilliger nach. Nicht einer der Redakteure hat es der Mühe wert gehalten, die Zahlen auf ihre Richtigkeit hin prüfen zu lassen. Bis zur Stunde hat sich bei der Streikleitung nur einmal ein Reporter des General-Anzeigers sehen lassen, der Ermittlungen über die Lage der Aussperrten einzog. Daraus resultiert, daß die bürgerliche Presse, wie bereits nachgewiesen, nur die Interessen der Arbeitgeber vertritt und von diesen einseitig dressiert wird. — Wir werden ja sehen, ob die soeben bezogene Presse unsere, aus dem Bureau der Streikleitung stammende Notiz wiedergibt und Bezug nimmt auf den an anderer Stelle bekannt gegebenen Briefwechsel zwischen der Bau- und Kreditbank und Postverwaltung.

Die Sachenschau beschäftigt sich endlich mit unserem Artikel, der den Schimpf- und Schandartikel des Herrn Kreuz in das rechte Licht rückte. Am Freitag antwortete dieser Herr hierauf wie folgt: „Der Artikel, der uns Unwahrheiten vorwirft, ist ein Meisterstück der Verdrehung und eine widerwärtige, maßlose und heuchlerische Heze gegen die Sachenschau.“ Daß Herr Kreuz, der auf den Artikel noch zurückkommen will, uns immer noch „alle ehrlüche“ nennt, während ihn das Wort „Giftdudel“ in Erlase getrieben hat, sei nur nebenbei erwähnt. —

Der Ortsverein der Bauhandwerker (Stroh-Dunder) scheint sein gegen die Aussperrten und die Volksstimme begangenes Unrecht eingesehen zu haben. Ueber eine Versammlung des Ortsvereines lesen wir im General-Anzeiger: An die Darlegung der gegenwärtigen Lage, die allgemein bebauert wurde, knüpfte sich eine außerordentlich lebhaft und sehr ausgedehnte Besprechung, in der das Verhalten der Arbeitgeber, welche die angebahnte Einigung nicht zu Stande kommen ließen, von verschiedenen Seiten getadelt wurde. —

Quittung.

Für die Familien der Aussperrten gingen am 2. Sept. ein: B. R. verloren 0.35. — Elektriker, Neustadt, 1.00. — Arbeiter-gesangverein R. R. 10.00. — B. S. 3.00. — Verband der Bergolder Burgs 10.00. — Summa: 24.35. In Nr. 211 quittiert: 69.47. Ins-gesamt: 93.82. — Die Expedition der Volksstimme. Für die ausgesperrten Bauarbeiter Magdeburgs gingen ein: Vom Wubider aus der Annastraße 3.00. — S. 10.00. — In Streit-Kommission.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Nikolaus II. und Wilhelm II. über den Frieden.
Der deutsche Kaiser hat in Vortia bei dem Festmahle des westfälischen Provinziallandtages seine Antwort auf den Vorschlag des Barons erteilt; er sagte: „Der Friede wird nie besser gewährleistet sein, als durch ein schlagfertiges, kampfbereites deutsches Heer, wie wir es jetzt in einzelnen Teilen zu bewahren und uns darüber zu freuen die Gelegenheit haben. Gebe uns Gott, daß es uns immer möglich sei, mit dieser stets schneidigen und gut erhaltenen Waffe für den Frieden der Welt zu sorgen! Dann möge sich auch der westfälische Bauer ruhig schlafen legen.“ — Nachdem der deutsche Kaiser diese beachtenswerten Worte gesprochen, ist es im Lager der Barone wieder ruhig geworden; niemand wagt ein Wort der Entgegnung. Daran erkennen wir die deutsche Presse. —

Von der Weimarer Strafkammer wurde wegen Majestätsbeleidigung von Wäcker Theodor Dippol aus Friedland hinter verschlossenen Thüren zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. —

Wie die Vossische Zeitung schreibt, ist für die Einberufung des Reichstages in den „maßgebenden Regierungskreisen“ noch kein Termin bekannt und es schwebt die Meinung, ob sie Ende November oder Anfang Dezember erfolgen soll. Die feste Bestimmung wird sich hauptsächlich danach richten, wann die Landtagswahlen beendet wären und wann der Etat und die Gesetzentwürfe fertig würden. —

Zum Kampf gegen das Koalitionsrecht gesellt sich auch der Kampf gegen das Wahlrecht. Der konservative Hauptling Graf Mirbach erzählt zur Förderung der Wahlrechtsänderungspläne in der Kreuzzeitung: Fürst Bismarck hat mir gegenüber (nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste) wiederholt und fast gleichlautend über das Reichswahlrecht das nachstehende ausgeführt: „Wir erschien es notwendig, um das Deutsche Reich ein sehr starkes demokratisches Band zu legen, wegen der Gefahr, welche ich in partikularistischen Neigungen deutscher Fürsten annahm. Ich gebe aber jetzt zu, diese Bestimmung, diese damalige Annahme war eine irrige. **Legt in dem gegenwärtigen Reichswahlrecht eine Gefahr für das deutsche Volk, so muß es auch die Kraft haben, dieses Band zu zerreißen.**“ Damit die Mirbach und Konjunkten noch uneingeschränkter schalten und walten können. Arbeiter, schweigt euch zusammen, unterstützt und verbreitet eure Presse, tretet den Organisationen bei. —

Die Post versichert, daß der Entwurf des allgemeinen deutschen Fleischschau-Gesetzes im Reichsamt des Innern ausgearbeitet sei. Einen derartigen Gesetzentwurf haben die Sozialdemokraten seit Jahren bekämpft. —

Die durch die agrarischen Umtriebe verursachte Fleischnot in Berlin wird in der Berliner Stadtverordnetenversammlung Gegenstand der Besprechung werden. Die Stadtverordneten Ratlich und Genossen haben folgenden Antrag in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, schleunigst mit ihr in gemischter Deputation zu beraten, welche Schritte zu unternehmen sind, um der gegenwärtig schwer auf Berlin Bevölkerung lastenden Fleischnot wirksam entgegenzutreten.“ —

Der Minister des Innern hat nachstehende Verfügung an die Oberpräsidenten erlassen: Die nächste Volkszählung wird voraussichtlich am 1. Dezember 1900 stattfinden. Es erscheint dringend wünschenswert, die für die Ausführung des Zählgeschäftes in Betracht kommenden Tage vom 30. November bis 2. Dezember bei Ansetzung der Jahre-, Kranz- und Viehmärkte für 1900, soweit nicht erhebliche Bedenken entgegenstehen, marktfrei zu lassen. Sie wollen demgemäß das Weitere veranlassen und insbesondere die Bezirksbehörden wegen der Vorschläge zu den Marktterminen bald mit der erforderlichen Anweisung versehen. —

Die „Last“ der Unfallversicherung.

Die Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung sind staatlich organisierte Unternehmerverbände, die sich durchaus nicht darauf beschränken, ihre Amtspflichten zu erledigen, in deren Erfüllung sie keine Einwirkung der Arbeiterschaft „für“; sie betrachten sich vielmehr als Hüter der Interessen des Kapitalismus überhaupt, und wenn sie auf ihren Verbandstagen zusammenkommen, dann wird über die besonderen Aufgaben der Berufsgenossenschaft viel weniger geredet, als über die Begehrlichkeit der Arbeiter und die **Nichtnutzigkeit der Sozialdemokratie.**

Sehr charakteristisch war in dieser Hinsicht der 15. Verbandstag, den die Baugewerks-Berufsgenossenschaften in diesen Tagen zu Breslau abhielten. Wenn die Herren Unternehmer zusammenkommen, dann beeilen sich die Behörden, ihre Kommissare und Vertreter zu ihren Beratungen zu entsenden. —

So war es auch hier. Unter den Augen der Regierung konnte Sturm gelaufen werden gegen die Sozialreform. Der bekannte Herr Felisch führte dabei das große Wort. Er stimmte das bekannte Klagegedicht über die riesige Last der Unfallversicherung an, die eine recht schwere Bürde für die Unternehmer sei. (Bekanntlich beträgt diese unerträgliche Bürde drei ganze Pfennige für den Arbeiter und Arbeitstag.) Herr Felisch aber erklärte kategorisch: „Wenn man nun daran denkt, diese Gesetzgebung noch weiter auszudehnen, so müssen wir rufen: Das muß ganz besonders mit Maßnahmen geschehen.“ Ganz besonders mit Maßnahmen! Und warum? Unter der sozialen Gesetzgebung darf unsere Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht leiden. Bisher war es unbekannt, daß Häuser aus Stein importiert oder exportiert werden können. Herr Felisch aber muß es ja wissen, denn sonst wäre es unerklärlich, daß dieser Gesichtspunkt aus dem Verbandstage der Baugewerks-Berufsgenossenschaft gegen die Weiterführung der Sozialreform geltend gemacht werden konnte. —

Ganz aus dem Rahmen der amtlichen Interessen einer Berufsgenossenschaft fiel dann weiter die Erörterung der vom engherzigsten Unternehmerstandpunkt diktierten Denkschrift des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Bergbaubezirk Dortmund gegen die Zulassung von Arbeiterdelegierten zur Beaufsichtigung der Gewerbebetriebe. Der braunschweigische Landtagsabgeordnete Zimmermeister Nieß rühmte an dieser Denkschrift, daß sie den Nachweis erbracht habe, den Arbeitern fehle die moralische und die technische Qualifikation zu dieser Aufgabe, und kein Widerspruch wurde laut. Dagegen wurde es von dem Verbandstage aber bemerkt, daß die sächsische Regierung in ihrer neuen Normal-Bauordnung den Forderungen der Arbeiter nachgegeben und **heilbare Verbunden vorgeschrieben** habe. Selbst unter solcher Nachgiebigkeit nicht die Autorität der Unternehmer, die ihren Arbeitern das Recht auf Rheumatismus bisher nicht verknümmerten? —

Sehr übel kam auf dem Verbandstage die amtliche Statistik fort, die zu treiben die Berufsgenossenschaften vom Reichs-Versicherungsmat angehalten werden. Diese Statistik ist zwar nützlich für die Allgemeinheit, und nicht von jeder Tätigkeit jeder Berufsgenossenschaft läßt sich das behaupten, aber leider gibt es eine Sozialdemokratie und in der Sozialdemokratie Männer, die mit Bienenfleiß die Ergebnisse der berufsgenossenschaftlichen Statistiken studieren und ihre Schlüsse daraus ziehen. Der schon erwähnte Herr Nieß sagte ganz offen: „Wenn wir nicht gerade von einer Vermehrung der Statistik begeistert sind, so hat das seinen Grund darin, daß sozialdemokratische Agitatoren **Wißbrauch** mit unseren mühevoll aufgestellten statistischen Erhebungen treiben.“ Schrecklich!

Ein Geheimer Regierungsrat aus dem Reichsversicherungsamt redete den Unternehmern gut zu, die Statistik sei ja wirklich kein Vergnügen, aber doch ein „notwendiges Übel“, das nicht eingeschränkt werden könnte; es half nichts. —

Ebenso wenig half der Versuch des Zimmermeisters Schmamm, seine Kollegen zu einer Tolerierung der Statistik zu bestimmen, weil man aus ihren Ergebnissen ja auch Schlüsse gegen die Arbeiter ziehen könne; die meisten Unfälle passierten z. B. am Sonnabend und am Montag; seien die Betriebe an diesen Tagen weniger sicher? nein, aber die Arbeiter litten an den Nachwehen der Vergütungen. Nach Herrn Schmamm seien die Arbeiter an den Sonnabenden offenbar an den Nachwehen des Vergnügens, die ganze Woche hindurch für die Herren Unternehmer geschaut zu haben. Selbst dieser geniale Einfall zog nicht, die große Mehrheit der Vertreter der Baugewerks-Berufsgenossenschaften beschloß, beim Reichsversicherungsamt um **Einschränkung der Statistik** vorstellig zu werden. Herr Gabel wird schon mit sich reden lassen. —

Mit diesen Thesen war die „Arbeit“ des Verbandstages beinahe erschöpft. Was aber haben, fragen wir, alle diese Dinge mit der Tätigkeit einer Berufsgenossenschaft zu thun? Weshalb darf auf diese vom rohsten politischen Parteihaf erfüllten Beratungen der Schimmer amtlicher Thätigkeit fallen? Sind die Berufsgenossenschaften bloße Succursale des Centralvereins für die Vertretung der Interessen des Kapitalismus mit seinem Generalsekretär Bued und seinem Präkuli Schweinburg? Bei der Reform der Unfallversicherung wird die Regierung im Reichstage auf diese Frage Antwort zu geben haben. Dafür werden die sozialdemokratischen Abgeordneten sorgen. —

Die Volkszeitung, welche sich gleichfalls mit den Beschlüssen der Bauberufsgenossenschaft beschäftigt, hebt noch den Antrag Simon-Breslau hervor, welcher die sofortige **Gründung eines ganz Deutschland umfassenden Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe** verlangt. Der Antragsteller führte nach dem der Volkszeitung vorliegenden Bericht unter anderem aus: Der deutsche Maurerbund sei von 10 000 in diesem Sommer auf 67 000 Mitglieder gestiegen. Jedes Mitglied des Maurerbundes zahle einen jährlichen Beitrag von 8 Mark an die Centralkasse in Hamburg. Diese Kasse habe somit eine jährliche Einnahme von weit mehr als einer halben Million Mark. Im vergangenen Jahre habe die Centralkasse 250 000 Mark an Unterstüßungen für Ausständige gezahlt. Die Arbeitgeber müssen sich daher an den Arbeitern, an deren Solidarität und Opferwilligkeit ein Beispiel nehmen und sich, ebenso wie die Gesellen, über ganz Deutschland zu einem festgeschlossenen Arbeitgeberverbande zusammenschließen. In diesem Arbeitgeberverbande müssen nicht nur alle geprüften Baugewerksmeister, sondern auch alle Bauunternehmer herangezogen werden. Wenn der Kampf den Arbeitgebern auf Veranlassung der „Agitatoren“ aufgezwungen werde, dann müsse er bis aufs Messer durchgeführt werden. Dies könne aber nicht durch Lokal- oder Prinzipalorganisationen, sondern nur durch eine feste, über ganz Deutschland sich erstreckende Arbeitgeberorganisation geschehen. Der Arbeitgeberverband müsse versuchen, die **Streikkasse einmal durch allgemeine vierwöchige Aus-sperrung der Gesellen zu sprengen.**

Natürlich wurde der Antrag Simon angenommen. Ob die Herren dabei die vierwöchige Hungertur der deutschen Maurer schon als festen Programmpunkt ins Auge gefaßt haben? Und ob sie glauben, durch eine solche Kur den erstrebten Zweck zu erreichen? Der Volkszeitung scheint, „an der Zuspitzung des sozialen Kampfes zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern wird schon von allen Seiten des Unternehmertums so viel gearbeitet, daß man sich ernstlich hüten sollte, von Seiten der Arbeitgeber derartigen Maßnahmen zu drohen! Die nächste Folge des aus Breslau ergangenen Kriegsrufs wird die sein, daß die Maurer, welche sich bisher dem Maurerbunde noch ferngehalten haben, seine Organisation verstärken werden. Denn wenn nicht einmal die Androhung einer vierwöchigen Entbehrungsperiode die **Fachgenossen zur massenhaften Abwehr des kapitalistischen Feldzugsplanes anfeuern sollte**, so müßte man an dem politischen und wirt-

schäftlichen Sinne der deutschen Arbeiter bezweifeln.“ Von allen Seiten wird auf die Koalitionsfreiheit, die Organisationen der Arbeiter eingestrichelt. Die Situation ist dadurch klar gekennzeichnet. Die nichtorganisierten Arbeiter werden sich nunmehr wohl endlich zum Anschluß an die Organisationen ihrer Arbeitsbrüder bequemen müssen. **Verneht, ihr seid gewarnt.** —

Nachrichten aus dem Auslande.

Obwohl das definitive Resultat der dänischen Landestingswahlen auch heute noch nicht vorliegt, gestalten sich doch die Aussichten immer günstiger. Die Opposition gewinnt bestimmt 5 Mandate: 2 auf den Inseln, 8 in Jütland, und zwar 4 von der „Rechten“ und 1 von den Moderaten. Groß ist die Zahl der gewählten sozialdemokratischen Wahlmänner: im 2. Landestingskreis nicht weniger als 30, im 8. Kreis sind 12 Sozialdemokraten gewählt, im 9. Kreis 11. Hier siegte sie in 8 Bezirken, die früher den Moderaten gehörten. —

Der seit Verhängung des Belagerungszustandes in Italien unterdrückte intransigente Observatore Cattolico, dessen Chefredakteur, der Welpriester Albertario, kriegsrechtlich verurteilt wurde, erscheint wieder, ebenso das Sozialistenblatt Lotta di classe (Der Klassenkampf). Sämtliche verurteilten Journalisten wurden am letzten Sonntag in die Strafanstalten abgeführt. —

Soziale Bewegung.

Lohnkämpfe in Magdeburg.

Zur **Lohnbewegung der Instalateure** ist zu berichten, daß die Unterhandlung, die am Mittwochabend zwischen Unternehmern und Arbeitern stattgefunden, zu keinem Resultate führte. Die Unternehmer haben nur die Unterhandlung bis zum Dienstag hinauszogoben. Ferner lehnten sie jede Unterhandlung mit den Hilfsarbeitern ab, und behaupteten, die Instalateure hätten mit den Hilfsarbeitern nichts gemein. Am Donnerstagabend beschloß nun die Versammlung der Instalateure, die Unterhandlung im Sinne der Unternehmer nicht fortzuführen, sondern denselben mitzuteilen, daß mit den Hilfsarbeitern ebenso unterhandelt werden müsse, wie mit den Instalateuren. Infolge dieses Beschlusses wurden 2 Personen beauftragt, dem Herrn Dito Jatschi als Vorsitzenden des neu gebildeten Unternehmer-Verbandes folgenden Beschlusses zu übermitteln: „Die Herren Arbeitgeber möchten sich zum Sonnabend, den 10. September d. J. einen Beschluß herbeiführen, der ersehen läßt, inwiefern man den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen will. Dieser Beschluß muß den Instalateuren so früh zugehen, daß die Versammlung derselben, die am Sonnabend, den 10. September, abends tagt, ihre Beschlüsse darnach richten kann. Von einer Auserachlassung der Hilfsarbeiter kann nicht die Rede sein. Die weiteren neuen Einwendungen und Vorschläge in Bezug auf die Kommission zur Unterhandlung werden von den Arbeitern als belanglos betrachtet. Es ist absolut nicht zu ersehen, weshalb die Kommission noch erweitert werden soll.“ Die ablehnende Stellung der Meister, gegenüber den Forderungen der Arbeiter, und der Versuch, die ganze Angelegenheit zu verschleppen, hat bei den Arbeitern eine hochgradige Erbitterung hervorgerufen, die zu sofortiger Niederlegung der Arbeit geführt hätte, wenn nicht darauf hingewiesen worden wäre, daß es unklug sei, die angebahnten Verhandlungen so kurzer Hand abzubrechen. —

Etwas vom „Segen“.

Vor einigen Tagen brachte der in Straßburg erscheinende **Essäfer**, das führende Organ der Klerikalen des Reichslandes, aus der Feder des Herrn Kanonikus Guerber, des früheren Reichstagsabgeordneten für den Kreis Gebweiler, einen Artikel über die letzte päpstliche Enzyklika, die sich mit den sozialen Zuständen Italiens befaßt. Der geistliche Verfasser sagte darin u. a.: „... Nun hat sich Leo XIII. mit Ernst und Thatkraft, von tüchtigen Männern unterstützt, daran begeben, dem Arbeiter, dem Bauer, dem kleinen Mann in Italien durch das Vereinsleben und Zusammenwirken aufzuhelfen. Man hat das die Organisation der christlichen Demokratie genannt im **Gegensatz zu dem Treiben fetter Bourgeois und Großgrundbesitzer, die nur eine als ihre Aufgabe betrachten: viel aus den Bauern zu erpressen und blutwenig sich um dessen Nöten zu kümmern.** Dafür hätten die Bourgeois den Papst legnen sollen; sie wurden ihm aber gram, that er ja, was sie selbst schon lange hätten thun müssen.“

Die klerikale Oberleit. Landesztg. in Mülhausen druckte diese und andere Sätze aus dem Artikel ab und bemerkte dazu: „Diese Worte des hervorragenden Politikers sind ein erfreuliches und bemerkenswertes Zeichen der Zeit.“ Wir hätten sehr wohl mögen, welches Gezeiter die klerikale Presse über die „roten Fekker“ u. erhoben hätte, wenn jene Sätze, statt der Feder eines geistlichen Politikers zu entstammen, in den Spalten eines sozialdemokratischen Blattes das Licht der Welt erblickt hätten! —

Nachrichten aus Magdeburg.

— **Auf die Beerdigung des verstorbenen Genossen Reuter machen wir nochmals aufmerksam. Die Teilnehmer an der Beerdigung treffen sich 1/2 12 Uhr vor dem Trauerhause des Verstorbenen, Blauweißstraße 10.** —

— Der Vertrauensmann teilt uns mit, daß am Dienstag in Friedrichslust eine Volksversammlung tagt, in welcher die **Aus-sperrung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter** besprochen werden soll. —

— **Vom Schöffengericht Neustadt** hatten sich am Donnerstag die Streikkommission der Zimmerer und der Bauarbeiter zu veranzworten. Sie sollten großen Unmut durch die Aufforderung zum Streikposten stehen verübt haben. Der Amtsanwalt beantragte jedoch selbst die Freisprechung, indem er ausführte, der § 152 der Gewerbeordnung gebe den Arbeitern das Recht, sich zusammenzuschließen zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter hätten infolgedessen auch das Recht, ihre zugewiesenen Kollegen in anständiger Weise von der Sachlage am Orte zu unterrichten und den Versuch zu machen, sie zur Teilnahme zu überreden. Ausschreitungen seien hierbei nicht vorgekommen, weshalb nützlich Freisprechung erfolge. Das Gericht erkannte dem Antrage des Amtsanwaltes genügt. —

— Die letzte Sitzung der Stadtverordneten wurde zum größten Teil ausgefüllt durch die Diskussion über die Vorlage des Magistrats, betreffend den Bau von Ecktürmen. Ein endgültiger Beschluß wurde jedoch noch nicht gefaßt, sondern ein Antrag angenommen, wonach die Vorlage nicht beraten, aber die Entscheidung ausgesetzt werden soll. Die Verhandlungen mit dem Militärstützpunkt sollen fortgesetzt werden, außerdem wurde der Magistrat aufgefordert, das

Projekt der Siedbrücke nach Möglichkeit zu fördern und recht bald eine Vorlage über dieselbe einzubringen. Vor Beratung der Brückenvorlage wurden einige kleinere Vorlagen erledigt, unter anderem wurde auch Beschluß gefaßt über die gegen die Herstellung der Gemeindefriedhöfe erhobenen Reklamationen. 24 Beschwerden wurden für unbegründet erklärt und die Aufnahme dieser Personen in die Wählerlisten abgelehnt. Genosse Wärtner benutzte die Gelegenheit, um mehrere Anträge einzubringen: Vornahme der Wahl an einem Sonntag, Einrichtung von Wahlbezirken und Vornahme der Wahl an einem Tage. Außerdem führte er eine Abstimmung darüber herbei, ob die Gewährung von Heilungsmitteln als Armenunterstützung anzusehen sei, die den Verlust des Wahlrechts zur Folge habe. Natürlich beschloß das Kollegium, daß dies der Fall sei, ebenso natürlich ist, daß alle Anträge, die den Arbeitern die Teilnahme an der Wahlhandlung erleichtern hätten, abgelehnt wurden, und zwar einstimmig. Dagegen stimmten auch die „freistimmigen“ Stadtverordneten. Die Eingabe des Hausbesitzervereins Nordost, der eine Umfassungssteuer für Kaufmänner und Bazarer verlangte, kam nicht zur Verhandlung, zum größten Leidwesen der Gegner und Anhänger der Umfassungssteuer, welche den Bührerraum besetzt hielten. Wir kommen auf die Verhandlungen noch eingehend zurück.

— Anheftung für die städtischen Laternen-Anzähler. Diejenigen Arbeiter, welche bei der städtischen Laternen-Anzählung beschäftigt sind, haben bisher irgend welche Anheftung nicht aufzuweisen, sie müssen vielmehr das ganze Jahr hindurch Tag für Tag ihrer Arbeit obliegen. Nur in Ausnahmefällen wird ihnen einmal ein Anheftungsgewicht, wenn sie diesfalls bei ihren Vorgesetzten einkommen; doch fällt es auch auf diesem Wege oft sehr schwer, einmal einen freien Tag zu erlangen. Erst kürzlich wurde einem Laternen-Anzähler, der 365 Tage hintereinander gearbeitet hatte und um einen Tag Urlaub bat, erwidert: „Sie scheinen sehr viel Geld übrig zu haben.“ Nicht in allen Städten herrschen die gleichen Verhältnisse; in Charlottenburg z. B. haben die Laternen-Anzähler jeden 15. Tag frei. Man hat hier Reserveleute eingestellt, welche die Arbeit der Anheftenden leisten.

— Die **Werber** werden darauf aufmerksam gemacht, daß ein Herr Plehnig, Lederfabrikant in Elmshorn, an mehreren Orten den Versuch unternimmt, Arbeiter für sein Geschäft anzuwerben.

— Die Anzeigen, daß die geplante **obligatorische Fortbildungsschule** in Magdeburg recht bald ins Leben tritt, mehren sich. Wie die Magdeburgerische Zeitung mitteilt, wollten Oberbürgermeister Schneider und Stadtschulrat Platen am Mittwoch in Berlin, um Fühlung mit dem Ministerium hinsichtlich der in Magdeburg zu errichtenden obligatorischen Fortbildungsschule zu nehmen. Wie wir erfahren, sollen die Ansuchen auf Unterstützung dieser Angelegenheit genehmigt sein; es kann auf die gewünschte materielle Beihilfe des Staates gerechnet werden.

— Die **Verflechtung des Bevölkerungsstandes** von Magdeburg war für die Woche vom 21. bis 27. August nach den Aufstellungen des hiesigen statistischen Amtes folgende: Geboren wurden 77 männliche, 71 weibliche, zusammen 148 Personen, totgeboren 7. Gestorben sind 84 männliche, 71 weibliche, zusammen 155 Personen, an Diphtherie und Croup 0. Die Zahl der Zugezogenen betrug 831, die der Fortgezogenen 709. Die Bevölkerungszahl am 27. August 1898 stellte sich folgendermaßen: Altstadt 90 686, Wilhelmstadt 18 738, Friedrichsstadt mit Werder 8051, Sudenburg 31 031, Neustadt 47 099, Budau 26 783, zusammen 223 283 Personen (112 092 männliche, 111 176 weibliche), gegen die Vorwoche mehr 115 Personen.

— Die **Ausstellung** der bei Schulkindern in Pflege gegebenen Blumen findet am kommenden Sonntag in der Friesen-Turnhalle statt.

— Ein **Logis-Schwinder**, der möblierte Zimmer mietete und den Vermietern Geld abborgte, fiel der Polizei in die Hände, die um Auskunft darüber ersucht, ob und in welcher Weise der Schwinder sein Handwerk auch noch in anderen, als den bisher bekannten Fällen ausgeübt hat. Der Verhaftete heißt Friedrich Wiebach und ist Kaufmannslehrling aus Leipzig. Er ist ein junger Mann im Alter von 18 Jahren, von schlanker Figur, schwarzem Haar, blassem Gesicht, Patennase und blauen Augen und trägt Hornklemmer mit scharfer Nummer 3.

— **Rabfahrer - Geldstrafen.** Am Mittwoch überfuhr im Kroatienweg ein Rabfahrer einen sechsjährigen Knaben, am Donnerstag wurde ein kleiner Junge in der Jakobstraße von einem Rabfahrer überfahren. Beide Rabfahrer fuhrten davon, ohne sich um das von ihnen angerichtete Unheil zu kümmern. Derartige Fälle kommen tagtäglich vor. Vielfach sind die Rabfahrer, die in scharfem Tempo durch die Straßen sausen oder, noch ungelächert im Fahren, sich in die belebten Straßen wagen, schuld an solchen Unfällen. Das sollte vermieden werden, sowohl im Interesse der Passanten, als auch im Interesse der Rabfahrer selbst. Das Beispiel anderer Städte, welche erhebliche Beschränkungen des Rabfahrverkehrs innerhalb der Stadt aufweisen, sollte doch abschreckend genug wirken.

— **Uebervahren** wurde Donnerstag nachmittags 1/2 Uhr in der Gr. Mühlentstraße ein 4-5jähriger Knabe durch das Fuhrwerk des Konditors Frikstenau. Das Kind scheint schwere innere Verletzungen erlitten zu haben. Es wurde sofort zu Dr. Pohl gebracht. Wen die Schuld an dem bedauerlichen Unfall trifft, konnte nicht festgestellt werden.

— Am Mittwoch wurde in Sudenburg der Arbeiter Sch. wegen

bringenden Verdacht der **Brandstiftung** verhaftet. Sch. wohnt in dem Hause Schöningerstraße 82, von welchem, wie wir unlängst berichteten, der Dachstuhl abgebrannt ist.

— **Erhängt** hat sich am Donnerstag nachmittags der am Seidenring 11 wohnende **Blinder Koch**. Eine unheilbare Krankheit bildete das Motiv zu der That.

— **Unfälle.** Der vierjährige Knabe Erich W. ist beim Spielen über einen Topf mit kochendem Wasser gefallen und hat sich dabei das linke Bein verbrannt. Der **Kutscher Friedrich B.** ist überfahren worden und hat dabei eine Fußverletzung erlitten. Die Arbeiterin **Josephine Sch.** hat sich beim Herstellen von Strohhütten mit dem Tischmesser die Schlaglehne am linken Oberarm durchschneiden lassen. Der Arbeiter **Friedrich B.** hat sich beim Eisenverladen auf dem Grusonwerk die Hand gequetscht. Die Verletzten fanden Aufnahme in der **Altkindlichen Krankenanstalt**. Der Dreher **Wilhelm W.** aus Budau hat sich bei der Arbeit an der Drehbank den Fingersinger der rechten Hand verletzt. Dem **Stellmacher Gottlob B.** aus Budau ist durch eine Bandsäge, an der er beschäftigt war, die rechte Hand erheblich beschädigt worden. Der Arbeiter **Hermann S.** aus Sudenburg geriet am Sonntag in Domsdorf in eine Rauferei, wobei er zur Erde geworfen wurde und einen Unterschenkelbruch erlitt. Alle drei fanden Aufnahme in der **Sudenburgers Krankenanstalt**.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

Die Gesamtzahl der wahlberechtigten Personen beträgt 35 904, gegen das Vorjahr mehr 11 270 Personen. Diese Steigerung resultiert aus der Verleihung des Wahlrechts an die Personen mit einem Jahreseinkommen von 680 Mark. In Wahlabteilungen gefondert ergibt folgendes Resultat:

Die Wählerliste weist nach:	1895	1896	1897	1898	Gegen das Vorjahr 1897	
	Personen				mehr	weniger
I. Wahlabteilung:						
in der Altstadt	189	193	198	199	1	—
im Wahlbezirk Sudenburg	24	25	26	25	—	1
Neustadt	25	23	27	25	—	2
Budau	17	16	19	17	—	2
Summa der I. Abteilung	255	267	270	266	1	5
II. Wahlabteilung:						
in der Altstadt	1 230	1 234	1 272	1 353	81	—
im Wahlbezirk Sudenburg	85	90	101	102	1	—
Neustadt	117	113	125	148	23	—
Budau	60	71	78	88	10	—
Summa d. II. Abteilung	1 501	1 508	1 576	1 691	115	—
III. Wahlabteilung:						
in der Altstadt	11 420	11 518	11 927	17 004	5 077	—
im Wahlbezirk Sudenburg	2 207	2 320	3 050	4 716	1 688	—
Neustadt	3 328	3 478	3 920	7 027	3 107	—
Budau	3 421	3 706	3 806	5 200	1 304	—
Summa d. III. Abteilung	20 466	21 022	22 703	33 947	11 154	—

Die Stadtverordnetenversammlung besteht aus 72 Personen, auf jede Abteilung entfallen deren 24. Den 33 947 Wählern der dritten Abteilung stehen nur 1391 + 286 = 1957 Wähler der zweiten und ersten Abteilung gegenüber. Das Klassenwahlsystem bringt es mit sich, daß vorläufig die Sozialdemokratie auf eine Mehrheit in der Stadtverordnetenkollegium nicht rechnen kann. Immerhin kann sie aber im Laufe der Zeit die Mandate der dritten Abteilung erobern. Der Anfang ist gemacht. Durch thätigste Agitation unserer Parteigenossen muß es uns gelingen, diesmal acht Vertreter in das Stadtverordnetenkollegium zu entsenden.

Nachrichten aus der Provinz.

Debeleben. (Brand.) Scheune und Stall eines hiesigen Bauunternehmers sind in Flammen aufgegangen, nachdem erst am vorigen Sonnabend die Scheune eines Landwirtes niedergebrannt war. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch nicht bekannt.

Wittenberg. (Dumme Jungenstreiche.) Während einer Theatervorstellung in einem Saale drangen plötzlich von außen her Feuer- und Hülserufe in den Saal, durch welche natürlich die Zuschauer auf das äußerste erschreckt wurden. Nur der Geistesgegenwart einiger Leute gelang es, eine Panik zu verhüten und das Publikum so zu beschwichtigen, daß die Vorstellung fortgesetzt werden konnte. Es stellte

sich denn auch bald heraus, daß die Rufe im Zusammenhang mit den jungen Leuten ausgehen wurden. Einer derselben, welcher sich diesen eigenartigen „Scherz“ erlaubt haben, ist erkannt und wird wohl seiner verdienten Strafe nicht entgehen.

Nachrichten aus dem Reich.

Berlin. (Uebervahren.) Am Donnerstag früh sprach der Stationsvorsteher von Lichtenberg mit einem Assistenten in der Nähe des Rangiergeländes über dienstliche Angelegenheiten, als der Rangierzug plötzlich den Stationsvorsteher erfaßte, auf das Gleis warf und sofort tödete. Der Verstorbene hinterläßt zwei Kinder.

München. (Mord.) Ein sechzehnjähriges Kindermädchen, welches am Mittwoch abend seine in einem benachbarten Dorfe wohnenden Eltern besuchen wollte, wurde im Rietfeldbach tot aufgefunden. Man Anschein nach liegt ein Mord vor.

Münster. (Postdiebstahl.) In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wurde aus einem ordnungsmäßig verschlossenen Postwagen auf dem Weg zwischen dem Bahnhof und der Hauptpost in Münster ein Wertbriefbeutel mit 22 Wertbriefen und 19 Einschreibbriefen gestohlen, darunter ein Brief mit 100 000 Mark Inhalt aus Arnberg. Der Gesamtwert der gestohlenen Briefschaften beläuft sich auf 150 000 Mark. Der Wagen war am Bahnhof in Gegenwart des Beamten verschlossen worden, traf aber mit offener Thür auf der Hauptpost ein.

St. Goarshausen. (Von der Eisenbahn.) Vor der Station St. Goarshausen kollidierten Mittwoch ein Personenzug und ein Güterzug dadurch, daß eine Thür des auf parallelem Gleise fahrenden Güterzuges aufstand. Zwei Arbeiter wurden erheblich, vier andere leicht verletzt, ein Personenzug wurde stark beschädigt.

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Eine öffentliche **Opferversammlung** findet am Sonnabend den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Grothum, Kleine Klosterstraße 15/16, statt.

Arbeiter-Sängerbund für Magdeburg und Umgegend. Diejenigen Sangesgenossen, welche sich an der Beerdigung des Genossen beteiligen wollen, werden ersucht, sich präcise 10 Uhr bei Grothum einzufinden. Noten sind mitzubringen!

Groß-Ottersleben und Umgegend. Die Parteigenossen werden ersucht, sich Sonntag, den 11. September, nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Pfeffer zu Osterweddingen zur Kreis-Versammlung einzufinden.

Leimbörf. Die Parteigenossen, welche gewillt sind, der am Sonntag, den 11. September, stattfindenden Kreis-Versammlung in Osterweddingen mit beizuwohnen zu wollen, werden ersucht, sich mittags bei Emil Schilke einzufinden. Abmarsch Punkt 1 1/2 Uhr.

Burg. Am Sonnabend, den 10. September, abends 8 Uhr, tagt hier im „Hofjäger“ eine sozialdemokratische Versammlung, welche Stellung zu den bevorstehenden Landtagswahlen nehmen soll.

Am Sonntag, den 11. ds. Mts., findet im Lokale des Herrn Jesse eine Versammlung der Mitglieder der Central-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher Burgs statt.

Sonnabend, 10. September: Central-Kranken- und Sterbekasse der Arbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter. Filiale Sudenburg. Abends bei Hofe, Braunschweigerstraße.

Vereinigung Deutscher Schmiede, Bahnhofs Magdeburg. Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Grothum, Kl. Klosterstraße.

Deutscher Holzarbeiter-Verein, Filiale Budau. Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Westphal (Thalia), Dorosthenstraße 14.

Central-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer, Filiale Neustadt. Mitglieder-Versammlung bei Wolfstamf, Ottenbergstraße-Ed.

Legte Nachrichten. Köslin. Der Streik der Maurer ist durch Einvernehmen mit den Arbeitgebern beigelegt worden. Die Unternehmer haben die Wiederbeschäftigung eines Gemäßigten zugesagt, ebenso haben sie zugesprochen, auf den Hauptplätzen angemessene Neubauten und ordentliche Wohnhäuser zu errichten.

Briefkasten.

M.e. 1. Wir sind auch darüber unterrichtet, daß A. Jen. bei dem Oberstaatsanwalt vorstellig geworden und ihm den gewünschten Namen genannt haben soll. Diese Darstellung ist aber bestritten worden. 2. Wir haben uns gefreut, daß der leichtgläubige Mensch in die Falle gegangen ist. Nun aber Schluß in der Sache. — P. J. M. K. gehört dem Vorstande des antisemitischen Reformvereins an, das erklärt wird. — A. T., Quebitzburg. Als Tagesordnung bitte „Die politische Lage“ zu nehmen, da Manifest durch andere Ereignisse überholt; werde beide Fragen erörtern. S. —

Burg. Oeffentl. Versammlung
aller
Bau- u. Erdarbeiter v. Burg u. Umgegend
am Donnerstag, den 15. September, abends 8 Uhr
im Saale des „Hofjäger“.
2222
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, ihre Koalitionsfreiheit und Unterdrückung derselben. (Referent: W. Brandmohe - Bremen.) 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
Der Einberufer.

Hofjäger-Burg.
1932 Sonntag:
Tanz.
Seemann's
Gesellschaftsgarten.
Auf vielseitiges Verlangen!
Sonntag, 11. Septbr., von 11 Uhr an
Großes Preislegeln!
Hierzu ladet freundlichst ein 2213
R. Seemann.

Arbeiter-Sängerbund
für Magdeburg und Umgegend.
Diejenigen Sangesgenossen, welche sich an der Beerdigung unseres Sangesgenossen **August Reuter** beteiligen können, werden ersucht, sich präcise 10 Uhr im Lokale des Herrn **Grothum, Kleine Klosterstraße 15/16**, einzufinden. Noten sind mitzubringen.
Der Vorstand.
2115

Töpfer!
Oeffentliche Versammlung
am Sonnabend, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr
im Restaurant **F. Grothum, Kleine Klosterstrasse 15/16.**
Tages-Ordnung:
1. Der Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiter-Organisationen. (Referent: Otto W. H.) 2. Verschiedenes.
Die Opfer Magdeburgs werden dringend ersucht, zu erscheinen.
Der Einberufer.
2217

Frisches Schweinefleisch
sowie
alle Sorten Wurst, Schinken u. Speck,
beste Rothenfelder Margarine
empfiehlt
E. Glaser, Zimmermannstr. 10.

Gross-Ottersleben
Strumpf's Saal.
Sonnabend, den 10. September 1898, abends 8 Uhr
Auf vielseitigen Wunsch!
Zum dritten und letzten Male!
Kapitän Drenfus, der Verbannte auf der Tafelsinsel
oder
Jola vor den Geschworenen.
Ergebenst ladet ein **Friedrich Strumpf.**
2216

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
der
Schmiede Magdeburgs
am Sonnabend, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr
bei Grothum, Kleine Klosterstrasse 15/16.
Tages-Ordnung:
1. Die Zustände der Schmiede und der in der Schmiederei beschäftigten Personen. (Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.) 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes.
Gerade die älteren Fabrik- und Meistergesellen werden gebeten, in der Versammlung pünktlich zu erscheinen. Keiner fehlt!

Schuhwaren!
Billig! Billig! Billig!
Herren-, Knaben-, Schalkstiefel,
Stiefelchen, Damen-, Kinder-Stiefel,
Hals- und Strandschuhe, Socken,
Pantoffel, auch aus Kautschumstoffen
534 frammente Waren. Nur
Neustadt, **Schmidtstrasse 44.**

Seemanns Gesellschaftsgarten.
Sonntag, den 11. September 1898:
Zweites großes Sommerfest
des Alten Nonnädter Mithenklub Einigkeit unter gütiger Mitwirkung des Neuer Nonnädter Musikvereins Accordion.
Anfang nachmittags 3 Uhr. Gäste durch Mitglieder eingeführt, sind herzlich willkommen.
Eintritt 10 Pfg.
Otto Schmidt **Halt!** **Gr. Diersdorfer-**
alle Sorten selbstgefertigte Cigarren u. Cigaretten.
Prälattenstrasse 1. 2. Haus vom Br. Weg.

Warenhaus M. Gutermann & Co.

Breiteweg 109 **SUDENBURG** Breiteweg 109

eröffnen in demselben Hause am **Sonnabend nachmittag** ein

Spezial-Herren-Artikel-Geschäft.

Wir bitten die Schaufenster zu besichtigen.

2211

Auf Abzahlung!
Möbel
 Polsterwaren, Betten, Spiegel,
 Regulateure u. Taschenuhren
 ferner
**Herren-, Damen-
 und
 Kinder-Garderobe**
 fertig und nach Maß
 liefert 2137
Auf Abzahlung
Theodor Matthies
 Heiligegeiststraße 36, 1.

Damen- u. Kinderkleider
 gut sitzend, w. angef. Schnittmuster n. Körper-
 maß 50 J. F. Schmidt, Wlabeistr. 2 S. p.

**Lohnende Neben-
 einnahme**
 können sich Personen jeden Standes —
 namentlich in größeren Betrieben beschäf-
 tigt — leicht verschaffen. Offerten unter
585 A an die Expedition d. Bl. 565

Gesucht werden:
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der
**Gewerkschaften Magdeburgs (Klein-
 Klosterstraße 15/16):** Stellmacher, Tischler,
 Ofenseher, Schuhmacher, Schmiede, Maler,
 Steinmetz auf Bau- und Grabsteine,
 Cigarrenmacher und Drechsler.

Tüchtige Zwickler sucht
 H. Rosenburg, Neustadt, Kolbigerstr. 8.

Es suchen Stellung:
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der
**Gewerkschaften Magdeburgs (Klein-
 Klosterstraße 15/16):** Schlosser, Dreher,
 Hobelstein, Feiler, Schneider, Buchbinder,
 Sattler und Tapezierer, Former, Klemp-
 ner und Arbeiter für jede Arbeit.

Küchenzettel der Magdeburger
Volkstischen
 Gr. Marktstr. 2 und Schmidtstr. 61
 Sonnabend: Reisuppe mit Rindfleisch.

Küchenzettel des L. Herrentinnen- und
Damenheims,
 Breiteweg 92, 1 Tr.
 Sonnabend: Binsuppe, Rindfleisch, Salz-
 kartoffeln und Meerrettigsauc.

Walhalla-Theater.
 Jeden Abend: 2170
**Große Künstler-
 Spezialitäten-Vorstellung.**

Viktoria-Theater.
 Sonnabend, den 10. Septbr. 1898:
Zwei glückliche Tage.
 Schwank in 4 Akten von Rabelburg und
 Schönhau.

Sonntag, den 11. September 1898:
 Letzte Vorstellung in dieser Saison.
Sogunst.
 Lustspiel in 4 Akten von Thilo v. Trotha.

Cirkus
Corty-Althoff
Magdeburg
 100 Pferde.
 150 Personen.
 Sonnabend abend 8 Uhr:
Grosse
Gala-Elite-Vorstellung
 mit neuem pracht. Programm.
 II. a.:
 Auftreten des
Dir. Pierre Althoff
 mit seinen neuesten
Schul- u. Freiheitsdressuren.
Sämtliche Clowns
 und
die 4 Auguste
 mit neuen Späßen.
Auftreten
 der hervorragendsten
Spezialitäten des Kontinents.
 Alles Nähere in Zettel und Säulen.

200 Ctr. Futterkartoffeln, a Ctr.
 1 M., zu verl. Sudenburg, Breiteweg 20.
 Str. Bettst. u. Matr. z. verl. Petersstr. 14 S. I.

*** Anständiges Logis zu vermieten**
 Budau, Coquiststraße 11, 2 Tr., 1 St.

14 Sofas und
Divans
 werden einzeln mit
 einer Anzahlung
 von **Mk. 5.00** und
 wöchentlich **Ab-
 zahlung von**
1.00 Mark an ab-
 gegeben.
S. Osswald
Ulrichsstraße 14
 2167 1. Etage
 gegenüber der
Ulrichskirche.

Standesamt.
 Magdeburg, 7. September.

Aufgabe: Schreiber Paul Schne-
 gogki mit Bertha Kühne hier. Handlungs-
 gehilfe Karl Wellguth mit Ida Abraham,
 genannt Behrens hier. Kaufmann Otto
 John mit Julie Mosenhauer hier. Haupt-
 mann und Brigade-Adjutant Kurt Wilde
 in Brandenburg a. S. mit Martha Kühne
 hier. Klavierpieler Karl Schulz mit Helene
 Stachow hier. Dr. phil. Karl Ferdinand
 Richard Jahr hier mit Klara Emilie Agnes
 Welse in Briesnitz. Monteur Paul Hierau
 mit Alma Edhnel hier. Hilfsbremser Wilh.
 Plate hier mit Anna Müller in Neustadt.
 Verf.-Beamt Wilhelm Stiebelmann mit
 Frieda Bänge hier. Schmied Franz Ludm.
 Eduard Knuth hier mit Pauline Emilie
 Luise Kagera in Thale a. S. Postassistent
 Hermann Otto Spangenberg in Langen-
 milde mit Theodora Helene Behrens in
 Körblich. Arbeiter Max Bette hier mit
 Emma Schulze in Groß-Salze.
Eheschließungen: Produzent Moritz
 Rosenbergs in Schwewe mit Rosa Sachs
 hier. Gärtner Gustav Theuerkauf hier mit
 Luise Lüders in Meiseberg.
Geburten: Elli, T. des Telephon-
 arbeiter Karl Reddermeyer. Otto, S. des
 Arbeiters Otto Erdmme. Margarete, T.
 des Buchhalters Udo Becker. Wilh., S.
 des Sergeanten im Inf.-Reg. Nr. 152
 Hermann Richter. Erich, S. des Buchh.
 Franz Pöschle. Elfe, T. des Zuschneiders
 August Steinmeyer. Margarete, T. des
 Tischlermeisters Karl Niemann.
Todesfälle: Wilh. Nieseberg, Arb.,
 62 J. 10 M. 16 T. Martha Dittmar,
 unversehrl., 21 J. 1 M. 3 T. Max, S.
 des Arbeiters Gottl. Jaros, 4 M. 25 T.
 Gertrud, T. des Fleischer Theodor Erbach,
 1 J. 1 M. 13 T. Richard, S. des
 Schneidermeisters August Habermann, 2 M.
 25 T. Kurt, unversehrl., 1 M. 26 T. Marie,
 geb. Hante, Wwe. des Eisen.-Bezt.-Sekt.
 Heinrich Knupper, 52 J. 5 M. 12 T.
 Robert Kothe, Tischler, 50 J. 7 M. 26 T.
 Margarete, unversehrl., 4 M. 12 T. Otto,
 S. des Bierstammers August Saar,
 9 M. 1 T. Margarete, T. des Kaufm.
 Udo Becker, 1 T. Wilh., unversehrl., 26 T.

Sudenburg, 8. September.

Aufgabe: Maschinenschlosser Otto
 Karl Könnede mit Charlotte Auguste Anna
 Kratau hier.

Eheschließung: Arb. Heinr. Groß-
 kopf mit Charlotte Bornkamp hier.
Geburten: Marie, T. des Arbeiters
 Thomas Markowski. Luise, T. d. Schneider-
 meisters Julius Gräbe. Erhard, S. des
 Schlossers Ernst Grögel.

Todesfälle: Hermann, S. des Arb.
 Friedrich Voigt, 6 M. 26 T. Otto, S.
 des Viechschmieds Gustav Fajz, 9 T.
 Anna, T. des Formers Otto Maack, 6 M.
 20 T. Elfe, unversehrl., 1 J. 3 M. 15 T.
 Fritz, S. des Milchhändlers Theod. Kubisch,
 4 M. 8 T.

Budau, 8. September.

Aufgabe: Kutscher Karl Ludwig
 Friedrich Kohn hier mit Charlotte Karoline
 Wilhelmine Jäger in Osterburg.
Geburten: Gustav, S. des Restaurat.
 Gustav Tilmann. Walter und Martha,

Zwillingskinder des Eisen.-Bezt. Ferni
 Klinge, Friedrich, S. des Form. Friedr.
 Raufsch.

Todesfall: Arthur, S. des verstorb.
 Arb. Gustav Herrmann, 2 J. 5 M. 20 T.
 Neustadt, 8. September.

Aufgabe: Posthilfsbote Karl Wilh.
 August Wähmann mit Alma Auguste Minna
 Schmidt. Schlosser Gustav Otto Karl
 Giffau mit Ida Elwine Johanna Müller.
 Kutscher Theodor Friedrich Wilh. Barnad
 mit Anna Elise Klara Biese. Arbeiter
 Friedrich Karl Otto Wiese mit Minna
 Marie Emilie Gösch.

Geburten: Erich, S. des Helfers
 Karl Rind. Marie Luise, unversehrl. Hermann,
 S. des Landwirts Hermann Wiprecht.
 Alfred, S. des Barbiers und Bahntechnikers
 Weisengroß. Werner, S. des Verf.-Beamt.
 Alexander Fiedler. Lucie, T. des Masch.-
 Meisters Maximilian Wöhlede.

Todesfälle: Walter, S. des Arb.
 Wilhelm Schulze, 7 M. 16 T. Elisabeth,
 T. des Brauers Franz Barthel, 11 M. 8 T.

Burg, 6. September.

Aufgabe: Schneider Karl Friedrich
 Herrmann mit Anna Pauline Minna Seibt.
Geburten: Tochter des Adermanns
 Albert Neue zu Parchau. Tochter des Ju-
 schneiders Karl Gyllig.

Todesfall: Hedwig, T. des Möbel-
 polierers Max Heimig, 11 M. 13 T.
 Rom 7. September.

Geburten: Sohn des Zimmermanns
 Otto Hagenborn. Tochter des Fabrikarb.
 Karl Paproth. Tochter, unversehrl.

Todesfälle: Frieda Anna, T. des
 Schuhmachers Wilhelm Furchtmann, 13 T.
 Germinie, T. des Dachdeckers Otto Ein-
 grüber, 1 M.

Totgeburt: Ein Sohn.

Neustadtensleben.
Geburt: 5. September: Dreher W.
 Schulze ein Sohn.

Todesfälle: 4. September: Ehefrau
 des Arbeiters R. Dresselt, M. D. geborne
 Schlobhauer, 24 J. 3 M. 12 T. 4. Sep-
 tember: Sohn des Töpfers H. Langhammer,
 8 M.

Nachruf.
 Mittwoch früh verstarb unser treuer
 Freund und Kollege, der Tischlermeister
August Reuter.
 Er hielt es für seine größte Pflicht,
 wo es galt, für die Organisations-
 bestrebungen der Arbeiter zu wirken,
 für dieselben einzutreten und dieselben
 hochzubringen.
 Dem Verstorbenen sein Wunsch war
 es, daß die Saat, die er mit gesät
 hat, gute Früchte bringen möge
 für uns. 2220
Der Vertrauensmann
der Holzarbeiter Magdeburgs.
 Franz Winkler.
 Die Kollegen werden ersucht, an der
 Beerdigung am Sonnabend vormittag
 11 1/2 Uhr zahlreich teilzunehmen.

Nachruf!
 Der Tod riß uns unser Mitglied,
 den Tischlermeister
August Reuter
 aus unserer Mitte. Er war stets
 bemüht, die Bestrebungen der Organi-
 sation hochzuhalten.
 Wir verlieren in ihm einen braven
 Freund und Mitkämpfer. 2219
Verwaltung des Holzarbeiter-Verbandes
 Zahlstelle Magdeburg.
 Aug. Franz.

Nachruf.
 Dem langjährigen Mitgliede und
 Vorsitzenden der Ortskrankenkasse der
 Tischler und Stuhlmacher 2221
August Reuter
 welcher stets in treuester Pflichterfüllung
 seinen ihm vertrauensvoll übertragenen
 Arbeiten oblag, widmet zum letzten
 Lebenswohl in dankbarer Erinnerung
 diesen Nachruf
Der Vorstand.
 Die Mitglieder werden zur regen
 Beteiligung am letzten Geleit' ersucht
 und treffen sich Sonnabend vorm.
 11 Uhr bei Dehne, Gr. Schulstr. 14.

Rich. Neumann
Buckau.
 Ich empfehle:
 Große Herrennormalhemden, Stück 68,
 90, 1.35, 1.80, 2.25.
 Große Herrenbarchenthemden mit Rapp-
 nähten, Stück 95, 1.25, 1.50, 1.75.
 Sporthemden in großer Wahl zu 1.75,
 2.00, 2.25, 2.50.
 Sweaters für Radfahrer, hell u. dunkel,
 Stück 1.35, 1.90, 2.25, 3.00.
 Radfahrermützen aus prima Velvet, 1.25,
 1.50.
 Leichte Sommerreformhemden, gern ge-
 wascht, Stück 90, 1.25, 1.50, 1.80.
 Monteurjaden und -Hosen, seit Jahren
 bewährte Qualität, 1.75.
 Schlipse in allen Facons in unendlicher
 Wahl.
 Herrensocken und -Strümpfe, Paar 15, 25,
 38, 45, 60, 85, 1.00.
 Turnerhemden und -Jaden mit und ohne
 Abzeichen. 2218
Größte Auswahl
bei bekannt billigen Preisen.

Chronik auf das Jahr 1848.

10. September.

Aus Anlaß der Abstimmung der Berliner Nationalversammlung richtet das Ministerium Auerwald-Hanfemann ein Abschiedsgesuch an den König, in dem es heißt: „Unserer Ansicht nach muß das von uns vertretene und in der Sitzung der Nationalversammlung vom 7. d. M. verteidigte Prinzip, daß derselben die Festsetzung von Verwaltungsmaßregeln nicht zustehen, aufrecht erhalten werden, weil ohne dasselbe die konstitutionelle Monarchie nicht bestehen kann.“ Der König antwortete, daß er derselben Ansicht sei, jedoch die nachgesuchte Entlassung erteilen wolle. Das „Ministerium der That“ hatte danach die Geschäfte nur noch so lange weiter zu führen, bis ein neues Ministerium konstituiert war.

Eine erlösende That.

Zu der Rede des deutschen Kaisers, welche derselbe in Deynhaußen gehalten hat, äußert sich der Vorwärts wie folgt: Also die schwerste, entehrendste Freiheitsstrafe, die Strafe zu der nur Mörder, Totschläger in den schwersten Fällen, Meißelbände, Kuppler, Räuber verurteilt werden, soll künftig alle diejenigen treffen, die zu einem Streit reizen. Dieser Kreis soll, wie aus den Worten: „er möge sein, wer er will und heißen wie er will“, hervorgeht, möglichst ausgedehnt werden, sicherlich auch auf die Presse, welche Streiks billigt oder für erforderlich erklärt, welche Aufrufe publiziert, Sammlungen ausschreibt und sonstwie den Streitenden zur Seite zu stehen für ihre Ehrenpflicht hält. Aber auch die sozialpolitischen Professoren und Pastoren, die Hertner und Sombart, die Raumann und Böhre, diese von dem Scharfmacher an der Saar so gehaltenen Männer, werden dann gelegentlich einmal ins Zuchthaus wandern müssen. Und auslegungsfreudige Richter würden auch für den Kommerzienrat Köstke einen Platz im Zuchthause finden, wenn der Reichstag dem zustimmt, was der Kaiser verspricht.

So mancher Wähler wird sich jetzt erinnern, daß die Sozialdemokraten in ihrer Agitation darauf aufmerksam machten, es handele sich bei dieser Wahl um den Schutz des Reichstagswahlrechts und der Koalitionsfreiheit, um die Abwehr des immer gierigeren Militarismus. Nur zu schnell hat sich alles bewahrheitet, was unsere Partei voraus sagte. Große Militärforderungen sind angekündigt, der Kaiser hat die schärfsten Maßnahmen gegen die Aufforderung zum Streik angekündigt und von der Königlich Preussischen Zeitung bis zur Schlesischen Zeitung wird ohne Ruhe und Last der Kampf gegen das allgemeine Wahlrecht geführt. Schon dieses Eintreffen unserer Voraussagen und die Thatsache, daß die Einwendungen unserer Gegner sich so rasch als eitel Spiegelschere erwiesen haben, wird unserer Partei viele tausende neuer Anhänger zuführen. Von der Haltung der bürgerlichen Parteien bei der Beratung und Abstimmung über den vom Kaiser angekündigten Gesetzentwurf wird es abhängen, ob die gesamte Arbeiterschaft soweit sie unserer Fahne bei den letzten Wahlen noch nicht folgte, zu uns abgewandt.

Wohl stehen wir erst am Beginn einer Legislaturperiode, also in einer Zeit wo die Aktionen der Parteien am wenigsten beeinflusst sind von den Rücksichten auf das Volkswohl und von den Interessen der Wähler. Aber bei dem, was die Regierung vorschlägt, handelt es sich um eine so tief einschneidende Neugestaltung der Arbeiterverhältnisse, daß die Parteien wohl zögern werden, sich mit den Wählermassen, dem Centralverbande deutscher Industrieller zu Liebe, in einen dauernden Zwiespalt zu bringen. Das Centrum, die freisinnige Vereinigung, die beiden Volksparteien und die Sozialdemokraten mit zusammen 206 Abgeordneten dürften als Gegner des neuen Zuchthaus-Paragrafen angesehen werden. Doch diese Rechnung muß die Regierung schon vor der Kaiserrede aufgestellt haben. Wenn nun die Arbeiter, die außer der Arbeitswilligkeit noch das Streben haben, ihre Lebenslage durch „Anreizen zum Streik“ zu verbessern, mit dem entehrenden Zuchthaus bedroht werden sollen, so müssen wir annehmen, daß der Kaiser es entweder auf eine Auflösung des Reichstags ankommen lassen will, oder daß er erwartet, der Eindruck seiner Worte werde eine genügend große Zahl von Abgeordneten der Opposition zur Zustimmung zu dem Zuchthaus-Gesetzentwurf veranlassen können.

Jedenfalls dürfen sich die Arbeiter nicht ruhig darauf verlassen, das die Mehrheit des Reichstags das Koalitionsrecht schützen werde. Auch im Centrum giebt es Leute, wie die schlesischen Magnaten und noch so mancher anderen unsicheren Kantonisten, die am liebsten jeden Sozialdemokraten am Galgen baumeln sehen würden. Die Arbeiter müssen also sofort klar zum Gehecht machen zum Schutze des Nestes, der von der deutschen Koalitionsfreiheit geblieben und nun auf allererntlichste bedroht ist. Dieser Kampf muß in Versammlungen und in der Presse, in Werkstätten, überall, wo Arbeiter beisammen sind, geführt werden. Bei aller Energie, mit der hier um ein Lebensinteresse der Arbeiterklasse, die sich von dem Unternehmertum nicht versklaven lassen will, gekämpft werden muß, ist vor allem ruhige Ueberlegung nötig, damit nicht unnötige Opfer gebracht werden. Es muß betont werden, daß wir hier auf der Basis der zu recht bestehenden Gesetze verbleiben, daß uns das letzte und einzige Mittel,

gegen die ungeheure Uebermacht des Kapitals anzukämpfen, genommen werden würde. Es muß gezeigt werden, wie schwer es schon heute ist, Lohnkämpfe auszuführen, wie Polizei und Gerichte schon seit langem das Koalitionsrecht eingeengt haben, wie schwere Strafen jetzt schon mit den Lohnkämpfern verbunden sind. Es muß an die Entbehrungen, die jeder Lohnkampf für die Arbeiter und ihre Familien mit sich bringt, erinnert werden, und gezeigt werden, wie gering dagegen die Einbußen des Unternehmertums bei Arbeits einstellen sind. Man muß auf die Aenderung der Ansichten der Regierung über die Streiks hinweisen. Das beabsichtigte Vorgehen gegen das Koalitionsrecht wird man am besten charakterisieren, wenn man darauf hinweist, daß dramatische Maßregeln gegen Streiks und nicht einmal ein laieses Wort des Tadels gegen Ausperrungen der Arbeiter gefunden werden. Man wird bei Schutz der Arbeitswilligen in einer den Posadowsky, Bobbielsti, Thielen, Drefeld und Genossen recht unangenehmen Weise beleuchten können, wenn man auf die Gesinnungsschnäffelei unter den Arbeitern in staatlichen Betrieben und auf die Entlassung sehr arbeitswilliger Proletarier lediglich wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung, auf die Massenmaßregeln sozialdemokratischer Wähler nach den Reichstagswahlen in Oberschlesien und anderwärts hinweist. Ob sich da nicht etwa herausstellt, daß mehr Arbeitswillige von Staatsfüttern als von Kollegen an der Arbeit gehindert wurden?

So massenhaft das Material gegen eine weitere Beschränkung des Koalitionsrechtes ist, so dürftig ist das, was für dieselbe beigebracht werden kann. Und fast jeder Fall, der beigebracht wird, kann bei näherer Beleuchtung auch als eine tendenziöse Verschiebung des Thatsachens charakterisiert, als „Lob“ für die heutige Auslegung des Gesetzes, für über schwere Bestrafungen der Ausschreitungen Streikender ins Feld geführt werden!

Wenn die Arbeiter ihre Pflicht thun, wenn sie alle Waffen gesetzlichen Kampfes, alle ihre Machtmittel geschickt und vernünftig ausnützen, dann werden die Stumm und Genossen zu früh frohlocken haben. Dann wird dieser große Kampf um die Koalitionsfreiheit, der sich jetzt erheben wird, nicht mit einer Beschränkung dieses Grundrechtes der Arbeiterschaft enden, vielmehr, wie die Geschichte Englands lehrt, wird auch die Erkenntnis in immer weiteren Kreisen verbreitet, daß eine friedliche und freiwillige Entwicklung des deutschen Volkes nur möglich ist bei einer vollen Koalitionsfreiheit der Arbeiter.

Die Umstände, unter denen Graf Posadowsky diesen Kampf gegen die Arbeiter aufgenommen hat, erscheinen uns durchaus verheißungsvoll für unseren zukünftigen Erfolg.

Zeitig genug sind die Absichten der Regierungen enthüllt, so daß die deutsche Arbeiterklasse weiß, woran sie ist! —

Aus der Parteibewegung.

Die Magdeburger Sozialdemokratie und die bevorstehenden Landtagswahlen.

Die Sozialdemokraten Magdeburgs nahmen in einer am Mittwoch abend im Dreikaiserbund stattgefundenen Partei-Versammlung Stellung zu den bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen. Das Referat hatte Genosse Müller übernommen, der einleitend betonte, daß es sich keineswegs darum handle, in Erörterungen über die Zweckmäßigkeit oder Nichtzweckmäßigkeit des Hamburger Beschlusses einzutreten. Mit dem Beschlusse müsse man als mit einer gegebenen Thatsache rechnen und die Parteidisziplin verlange es, daß die Genossen allerorts nach dem Beschlusse handeln, ganz einerlei, ob sie damit einverstanden seien oder nicht. Die Stellungnahme einzelner Wahlkreise, welche sich nicht im Einklang befinden mit dem Hamburger Beschlusse, sei ein Verstoß gegen die Parteidisziplin und müsse entschieden verurteilt werden. Redner erläuterte die Hamburger Resolution und kommt zum Schlusse, daß auf Grund derselben Kompromisse mit anderen Parteien nicht abgeschlossen werden dürften, ebensowenig aber nicht von vornherein ein Eintreten für bürgerlich-oppositionelle Kandidaten zulässig sei. Die Resolution verlange, daß überall da in die Wahlbewegung eingetreten werde, wo die Wahlbeteiligung möglich sei. Was heiße das? Seiner Ueberzeugung nach könne nur damit gefagt sein, es ist überall in die Wahlbewegung einzutreten, wo Aussicht vorhanden ist, durch unsere Beteiligung Konservative, Nationalliberale oder Centrumsabgeordnete durch bürgerlich-oppositionelle oder sozialdemokratische Abgeordnete zu verdrängen. Keineswegs verlange die Hamburger Resolution, daß überall da in die Wahlbewegung eingetreten werde, wo Aussicht vorhanden sei, in der dritten Wählerklasse eine Anzahl Wahlmänner durchzubringen, die hernach nicht den geringsten Einfluß auf den endgültigen Ausgang der Wahl ausüben könnten.

Wenn man so die Hamburger Resolution interpretiere, sei die Frage aufzuwerfen, ob Magdeburg zu denjenigen Wahlkreisen gehöre, wo die Beteiligung an den Landtagswahlen möglich sei. Die Frage sei mit: Nein zu beantworten. In Magdeburg seien im Jahre 1893 in 136 Urwahlbezirken 728 Wahlmänner gewählt worden. Davon waren 687 nationalliberal, 41 konservativ. Freisinnige Stimmen wurden überhaupt nicht abgegeben; im Jahre 1888, wo sich der Freisinn noch beteiligt habe, seien 28 freisinnige Wahlmänner gewählt worden. Es siehe also fest, daß vorläufig die Nationalliberalen noch in allen drei Klassen die Majorität besäßen. Durch die Beteiligung der Sozial-

demokratie an den Landtagswahlen sei es möglich, daß die Mehrheit der Wahlmänner in der dritten Wählerklasse von Sozialdemokraten erobert werde. Selbst in der zweiten Wählerklasse sei es möglich, daß in einigen Wahlbezirken der Vorstädte sozialdemokratische Wahlmänner gewählt würden. Das seien aber Ausnahmen. Man könne annehmen, daß die erste Wählerklasse ganz, die zweite zum weitaus größten Teile und teilweise auch die dritte den Nationalliberalen und Konservativen gehöre. Es sei also vollständig ausgeschlossen, die Nationalliberalen von ihren Plätzen zu verdrängen und da auch eine bürgerliche Oppositionspartei nicht vorhanden sei, könne nur Wahlenthaltung proklamiert werden. Redner schlägt folgende Resolution vor:

Die Parteiversammlung der Sozialdemokraten Magdeburg lehnt jede Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen im Wahlkreise Magdeburg aus folgenden Gründen ab:

1. Die heftigen Parteiverhältnisse lassen es als unmöglich erscheinen, aus eigener Kraft eines oder beide Landtagsmandate von den Nationalliberalen zu erobern.
2. Eine bürgerliche Oppositionspartei, welche, wenn auch erst in der Stichwahl, gegen die Nationalliberalen unterstützt werden könnte, ist nicht vorhanden.
3. Eine selbständige Wahlbeteiligung könnte nur den Erfolg haben, daß die Sozialdemokratie in der dritten Wählerklasse die Mehrheit der Wahlmänner wählt, die nach Lage der Sache bei den Abgeordnetenwahlen nur Stimmhaltung üben können. Ein solcher Erfolg rechtfertigt die Opfer an Mühe, Zeit und Geld, welche die Beteiligung an den Landtagswahlen erfordern, nicht. Deshalb beschließt die Parteiversammlung strikte Stimm-enthaltung.

In der darauf folgenden Debatte erklärten sich mit einer Ausnahme sämtliche Redner mit den Ausführungen des Genossen Müller einverstanden. Die Resolution wird darauf gegen etwa sieben Stimmen angenommen. Dem Parteitag soll außerdem noch folgender Antrag unterbreitet werden:

Der diesjährige Parteitag möge dem Hamburger Beschlusse, betreffend Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen, eine präzisere Fassung geben und vor allen Dingen Kompromisse, welche die Partei zu schädigen geeignet sind, von vornherein verbieten.

Weiter wurde beschloffen, dem Parteitag den Antrag zu unterbreiten, den nächsten Parteitag in Magdeburg stattfinden zu lassen. Als Delegierte zum Stuttgarter Parteitage wurden die Genossen Nisch und Woz, als Ersatzmann Haupt gewählt.

Der Parteikonferenz für den 17. hannoverschen Wahlkreis Harburg-Bytzeheude

lagen zwei Resolutionen vor. Die erste war vom Redakteur Kauffmann gestellt und lautete:

Die Parteikonferenz des Landtags-Wahlkreises Harburg Stadt und Land empfiehlt den Parteigenossen die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen in unserem Wahlkreise durch Aufstellen eigener Wahlmänner.

Gründe: 1. Der Hamburger Beschlusse verpflichtet uns zur Wahlbeteiligung, da dieselbe bei uns möglich ist; 2. durch die Aufstellung eigener Wahlmänner erzielen wir einen bedeutenden Agitationswert, da der Klassencharakter unseres Staates der Arbeitern so recht zum Bewußtsein kommt und uns bei den Reichstagswahlen eine reiche Ernte sichert; 3. wenn wir uns beteiligen, so haben wir es in der Hand, einem Vorbringen des Junkertums in unserem Wahlkreise Halt zu gebieten.

Die zweite Resolution, die vom Redakteur Uler beantragt war, besagt:

Die sozialdemokratische Partei des Landtags-Wahlkreises Harburg lehnt jede Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen des Jahres 1898 ab.

Gründe: 1. Die Wahl ist nur möglich, wenn die Partei schweren Schaden an Arbeiterexistenzen und Geldopfern auf sich nimmt. Demnach ist die Beteiligung im Sinne des Hamburger Beschlusses nur geboten, wenn diesen Nachteilen größere Vorteile gegenüberstehen;

2. da unsere Wahlmänner nur zwischen den Vertretern der agrarischen Reaktion und denen der industriellen Reaktion zu wählen hätten und die Unterfütterung keines derselben beiträgt, den Weg des Proletariats zur politischen Macht zu ebnen, so wäre bei einer Beteiligung an der Landtagswahl den sozialdemokratischen Wahlmännern Stimmhaltung aufzuerlegen;

3. die Beteiligung an der Landtagswahl mit Stimmhaltung der Wahlmänner unterföhrt sich von einer Nichtbeteiligung nur dadurch, daß wir bei Beteiligung der Partei großen Schaden zufügen. Aus diesem Grunde ist im Wahlkreise Harburg die Beteiligung nicht geboten.

In namentlicher Abstimmung entschied sich der Kreistag mit 19 gegen 9 Stimmen für die Resolution Uler. Dieselbe soll nunmehr den beiden demnächst in Wilhelmshurg und Harburg stattfindenden Parteiversammlungen zur Annahme empfohlen werden. Erhält sie dort die Mehrheit der Stimmen, so findet eine Beteiligung an der Landtagswahl nicht statt. —

Die Parteikonferenz für die holsteinischen Reichstagswahlkreise Altona-Stormann und Lauenburg

erklärte die Beteiligung an der Landtagswahl für wünschenswert; ob aber die Möglichkeit vorhanden ist, sollen, wenn wir den Beschluß richtig deuten, die in Frage kommenden drei Landtags-Wahlbezirke entscheiden. —

Soziale Bewegung.

Der große Ausstand im Maurergewerbe in Frankfurt a. M. ist durch Vermittlung des Gewerbegerichts als Einigungsamt beigelegt.

Die vereinbarten Bedingungen sind folgende: 1. Die Arbeitszeit ist eine 10 stündige von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends, einschließlich ½ Stunde Frühstück, 1 Stunde Mittag- und ½ Stunde Vesperpause. Es wird seitens der Arbeitnehmer zugesagt, daß ihrerseits möglichst die Vermiedung von Ueberstunden angestrebt werden solle. Die Arbeitnehmer verpflichten sich, auch ihrerseits dafür zu sorgen, daß das Bestreben nach Ueberstunden möglichst wenig gestellt wird. 2. Es findet eine Lohnhöhung um 12½ Prozent für alle Lohnsätze statt, dadurch wird der bisherige Lohnsatz von 40 Pfg. die Stunde auf 45 Pfg. erhöht. 3. Nacht- und Sonntagsarbeit findet nur statt in ganz bringenden Fällen. Als Nachtarbeit gilt die Zeit nach 7 Uhr abends, die Zeit von 6 bis 7 Uhr als Ueberstunde. 4. Für Ueberstunden auf Verlangen der Arbeitgeber wird ein Lohnzuschlag von 10 Pfg. gezahlt. Für Nacht- und Sonntagsarbeit nach Uebereinkunft. Verlangen die Arbeitnehmer Ueberstunden, so wird ein Lohnzuschlag nicht gezahlt. 5. Accordarbeit findet nur statt. 6. Speis- über, bezw. Gefäße zum Zubringen des Mittels, werden von der

Arbeitslosen gestellt. 7. Die Lohnzahlungsperiode bleibt eine 14 tägige, jedoch werden auf Wunsch wöchentliche Abzahlungen gewährt. Die Auszahlung des Lohnes erfolgt auf der Baustelle vor Feierabend. Die wöchentliche Entlohnung der wöchentlichen Lohnzahlungsperiode bleibt späterer Vereinbarung vorbehalten. 8. Schluss der Arbeit am Sonntagabend um 6 Uhr nachmittags und an den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 12 Uhr mittags. 9. Die Kündigungsklausel ist eine wöchentliche. Kündigung kann nur werden an jedem Donnerstag vor 6 Uhr mit Gültigkeit auf den darauffolgenden Sonnabend. 10. Maßregelungen sollen beiderseits nicht stattfinden. 11. Es wird in Aussicht genommen, über die Einführung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises in Verhandlung zu treten.

Den gleichen glücklichen Ausgang könnte auch der hiesige Streit resp. die Absperrung haben, wenn der Arbeitgeberverband sogleich die Hand zum Frieden bietet. —

Verbandsrat des Unterstützungsbereichs deutscher Tabakarbeiter.

In der Vormittags-sitzung des zweiten Verhandlungstages wurde zunächst die Entscheidung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit einiger Mandate getroffen. Die Verhandlung trat dann in die Diskussion über das Fachorgan der Tabakarbeiter ein. Die Anträge, welche auf eine Verbilligung des Fachorgans durch Uebernahme desselben in den Selbstverlag des Vereins hingen, brachten eine rege Debatte. Nach Schluss derselben wird der Antrag, die Herstellung zu verbilligen, in namentlicher Abstimmung mit 30 gegen 13 Stimmen angenommen. Dem Antrag, im Fachorgan die Interessen der weiblichen Kollegen fernerhin mehr zu wahren, stimmt die Generalversammlung zu. Die übrigen Anträge werden abgelehnt. Nach dem Vorschlage des Vizepräsidenten tritt die Versammlung nun über die Unterstützungsleistungen des Vereins in eine Generaldiskussion ein. Stromberg referiert über die Arbeitslosenunterstützung und tritt für Einführung derselben ein. Die Debatte über diesen Punkt ist sehr ausgedehnt und dauert den ganzen Nachmittag und den Vormittag des nächsten Tages. Eine große Anzahl Redner sprachen sich für die Arbeitslosenunterstützung aus, eine große Anzahl aber auch dagegen, unter anderen auch Noof-Magdeburg, der in der Einführung derselben eine finanzielle Gefahr sieht. Von verschiedenen Seiten wird die Einlegung einer Kommission befürwortet behufs eingehenden Studiums der Frage und Sammlung von Material. Beschlüsse werden erst in nächster Sitzung gefasst. —

Die englischen Tradeunionisten

stoßen erfreulicherweise die ihnen anhaftenden Rückständigkeit, wegen deren sie so manchmal von bürgerlichen Arbeiterfreunden mit und ohne Gänsefüßchen den Klassenbewußten Arbeitern des Kontinents als Muster aufgestellt werden, mehr und mehr ab und entwickeln sich tüchtig vorwärts.

Wie sehr der Geist internationaler Solidarität in ihnen erstarkt ist, schreibt die Schwäbische Tagwacht, und über den engherzigen nationalen Partikularismus die Oberhand gewonnen hat, zeigte sich auf ihrem Jahreskongress, der Ende August in Bristol zu tagen begann. Nach auf dem vorjährigen Kongress in Birmingham ist eine Resolution, die einen internationalen Tradeunionkongress forderte, nach kurzer Debatte durchgefallen. Diesmal brachte ein Delegierter der Schiffbauer, A. Wilkie aus Newcastle, Vorsitzender des parlamentarischen Komitees, folgende Resolution ein: „Um die Arbeiter der Welt einander näher zu bringen und um genaue Informationen über ihre Lage und Arbeitsbedingungen in ihren betreffenden Ländern zu verbreiten, möge das parlamentarische Komitee beauftragt werden, zu versuchen, einen Austausch der Berichte der verschiedenen Arbeiterverbände mit denen in Auslande herbeizuführen und so weit als möglich dahin zu vermitteln, daß internationale Kongresse verwandter Gewerbe veranstaltet werden, und auch sonst eine internationale Konsolidierung der Arbeit anzubahnen.“

In der Begründung betonte der Antragsteller, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder gemeinsam zur Hebung und Emanzipation der Massen einander die Hand reichen müßten, wozu eine internationale Annäherung unbedingt notwendig wäre. — Ein bejahrter Delegierter aus Sheffield, Stadtrat Hobson, trat mit Entschiedenheit für die Tendenz des Antrages ein, wies auf die ansehnliche Geldunterstützung hin, die den Maschinenbauern während des großen Streiks von ausländischen Klassengenossen zugeflossen seien — 28 399 Pfund (ein Pf. Sterling = 20 Mark), davon mehr als die Hälfte aus Deutschland — und erklärte: Die Arbeit sei jetzt international und die Streiks ebenfalls. Es gäbe fortan keinen englischen, schottischen oder irischen Lohnkampf mehr. Jeder Lohnkampf gehe hinfort die ganze Welt an, und das Unrecht, das einem Arbeiter geschehe, werde den Arbeitern der ganzen Welt zugefügt.

Wit lautea Zübel wurde die Resolution angenommen. Es blieb nicht bei dieser allein. Der Geist der internationalen Arbeiter-solidarität hat den Kongress auch in einer wichtigen praktisch politischen Frage den richtigen Weg.

Eine Resolution hob die schädigende Wirkung des Imports ausländischer Manufakturen auf die britische Industrie hervor und verlangte Schritte in schützender Richtung zur Wiederbelebung verfallener britischer Industrien. — Mit so bestechenden Argumenten aber einige Delegierte diese schützenden Schritte unterstützten, so fanden sie dennoch beim Kongress kein Entgegenkommen. Ein redgewandter Delegierter der Pfasterer, Cole aus London, erklärte, es würde in seinem Gewerbe viel ausländisches Pfastermaterial verarbeitet und seine Gewerkschaft sehe sich jedesmal mit den ausländischen Arbeitern in Verbindung und stelle fest, ob dieses Pfastermaterial unter tradeunionistischen Bedingungen hergestellt sei oder nicht. Wenn ja, werde es angenommen, gleichviel woher es komme. Wenn nein, werde es abgelehnt. Andere Industrien sollten es auch so machen, worauf lauter Beifall folgte. Ein Delegierter der Spinnmacher von Nottingham, Aperton, sprach sich ganz entschieden gegen den Versuch, den Tradeunionkongress für den Schutzzoll gewinnen

zu wollen. Schätze man einzelne Gewerbe, so müsse man alle Gewerbe schützen, und schließlich auch die englische Landwirtschaft. Am Ende hätte man dann erreicht, daß sowohl die Löhne als auch die Preise der Lebensmittel gestiegen seien, man sei also genau wieder auf dem Standpunkte, von dem man ausgegangen sei — nur habe man sich die Arbeiter des Auslands entfremdet. Die Anhänger des Schutzzolls, schloß er treffend, müßten den Sonnenschein verbieten, damit die Regenmacher mehr verdienen.

Wir begrüßen diese ablehnende Haltung des Tradeunionkongresses gegen den schützenden Vorstoß einzelner auch im Hinblick auf unsern bevorstehenden Parteitag, für welchen ein Referat Schippels über die deutsche Zoll- und Handelspolitik vorgelesen ist. Im gegnerischen Lager ist schon mehrfach ein Plagen der Gelfter auf einander, eine Spaltung und Mauierung der Sozialdemokratie prophezeit worden, weil man bei einigen sozialdemokratischen Publizisten schützende Neigungen zu wittern glaubte.

So wenig wir aber jemand ein Verbrechen daraus machen, wenn er nach seiner ehrlichen Meinung, d. h. im vermeintlichen Interesse des Gemeinwohls —, mit dem Freihandelsprinzip vorübergehend brechen zu sollen glaubt, so sind wir doch überzeugt, daß der Parteitag, ebenso wie der Tradeunionkongress, jedem Versuch, die sozialdemokratische Partei für schützende Absichten zu gewinnen, einen glänzenden Durchfall bereiten wird.

Jede Schutzzollpolitik, sie mag durch das Verhalten des Auslands noch so gerechtfertigt scheinen, ist heutzutage, wenn man ihre mannigfaltigen Wirkungen gegen einander abwägt und das Fazit zieht, völkerverfeindlich, in ihrer Wirkung auf die Lebensmittelpreise respektive auch auf Arbeitsgelegenheit, und reaktionär in ihrer Wirkung auf die allgemeine ökonomische Entwicklung.

Auch für das sozialistische „Endziel“ hat sich der Kongress mit anfälliger Majorität erklärt. Der Korrespondent der Frankfurter Zeitung meldet unterm 2. September: Zur Beratung kam eine Resolution, welche die Uebertragung der Rechte zum Bergbau auf den Staat forderte. Dieser Resolution war ein Amendement beigelegt, welches von den Edinburgher Schriftsetzern eingebracht war und folgendermaßen lautete: „Da der Kongress glaubt, daß die Arbeiterfrage nur dann gelöst wird, wenn das Land und die Mittel der Produktion, der Verteilung und des Austausches zum gemeinsamen Eigentum werden, und da er der Ansicht ist, daß die politische Aktion die beste Methode ist, dieses Ziel herbeizuführen, empfiehlt er den Tradeunionisten, ihre moralische und finanzielle Unterstützung den sozialistischen Arbeiterparteien zuzuwenden. Dieses letztere Amendement wurde von einem Delegierten der Edinburgher Schriftsetzer und von einem Delegierten der Vereinigten Gewerkschaft der Maschinenbauer kurz, aber warm begründet. Etwas leidenschaftlicher begründete es der Delegierte des sehr radikalen Londoner Gewerkschafts der Ladengehilfen. Er sagte, eine Verstaatlichung der Bergwerksrechte allein würde bei dem jetzt herrschenden kommerziellen System den Arbeitern nichts nützen; würden auch die Revenüen privater Grundbesitzer aus dem Bergwerksbetriebe aufgehoben, so würden die Arbeiter doch nach zwei bis drei Jahren wieder dieselben Löhne haben wie zuvor. Auf besonderen Wunsch des Präsidenten O'Grady wurde über das letztere Amendement zahlreich abgestimmt und es kam zur Annahme: 708 000 der vertretenden Stimmen waren dafür, 410 000 dagegen. Mit lange anhaltendem, lauten, demonstrativen Applause begrüßte der Kongress dieses Resultat. Im Anschlusse hieran wurde eine Resolution angenommen, welche Verstaatlichung der Eisenbahnen verlangt. —

Die deutschen Gerichte und die Koalitionsfreiheit.

Die letzte Rede des Kaisers läßt es wieder angebracht erscheinen, an einige aus der langen Reihe von Urteilen zu erinnern, die deutlich zeigen, daß schon heute, wenn auch nicht das Zuchthaus, so doch schwere Gefängnisstrafen demjenigen Arbeiter drohen, der es unternimmt, im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen seine Interessen wahrzunehmen. Seit dem vorigen Jahre, wo der Kaiser in Bielefeld den Schutz der Arbeitswilligen proklamierte, sind fortgesetzt die strengsten Urteile gegen streikende Arbeiter ergangen.

Die sogenannte Nötigung (§ 153 der Gewerbe-Ordnung) brachte in Magdeburg dem Verfasser eines Flugblattes 14 Tage Gefängnis ein, weil in demselben folgender Passus enthalten war:

„Es geht nicht, es den Unternehmern nicht gelingen, auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen; daß es auch in Zukunft nicht geschieht, das wird unsere Sorge sein.“

Was Gericht erblickte hierin eine Bedrohung. — In Berlin bekam ein Arbeiter eine Gefängnisstrafe von einem Monat, weil er zu einigen „Arbeitswilligen“ die Aeußerung that:

„Seht euch die Kollegen an!“

Langt aber der § 153 der Gewerbe-Ordnung nicht aus, so hat auch der § 240 des Strafgesetzbuches bei Streiks schon eine sehr bemerkenswerte Rolle gespielt. Auf Grund dieses Paragraphen wird man wegen Erpressung und Nötigung bis zu 1 Jahr Gefängnis bestraft. Im vorigen Jahre wurde in Nürnberg unser Parteigenosse Dertel auf Grund dieses Paragraphen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er bei einer Verhandlung mit dem Fabrikanten die Aeußerung fallen ließ:

Wenn dem Verlangen der Arbeiter nicht entsprochen würde, würden die Arbeiter zum Streik greifen.

Aber auch dann, wenn ein körperlicher Zwang garnicht ausgeübt wurde, verurteilten Gerichte auf Grund § 153 der Gewerbe-Ordnung. So wurden zwei Arbeiter zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil sie eines Abends einen Arbeitswilligen begleiteten. Der eine Angeklagte hatte versucht, seinen Kollegen zum Streik zu überreden, während der andere zur Seite ging. Das Gericht folgerte, daß durch die stumme Rolle, die der zweite

Begleiter ausführte, der Arbeitswillige genötigt gewesen wäre, die Vorhaltungen des andern mitanzuhören.

Unter der Thätigkeit der Staatsanwälte Maizier und Lorenz gelang es, Annoncen in Arbeiterblättern als groben Unfug mit vier Wochen zu bestrafen, z. B.:

„Der Zug nach hier, Werkstelle des Herrn . . . ist bis auf weiteres fernzuhalten.“

Wenn die Arbeiter wirklich einmal zu Drohungen greifen, dann stehen ihnen auch schon heute schwere Strafen bevor. Dresdener Maurer, die einen Arbeitswilligen mit Verhauen drohten, bekamen je sechs Monate Gefängnis und in Berlin ein Arbeiter wegen des gleichen Delikts vier Monate.

In Lübeck wurden bei dem Streit in der Kerstenschänke streikende Arbeiter bis zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie sich zu einigen Thätlichkeiten gegen andere Arbeiter hinreihen ließen. Ein Arbeitswilliger, der auf die Streikenden, die von ihm zehn Meter entfernt standen, schoß, wurde nicht angeklagt, sondern erschien als Zeuge im Prozeß. Ein Arbeiter, der einem polnischen Streikbrecher die Mütze vom Kopf schlug, bekam sieben Monate Gefängnis. In einem anderen Fall kam es zu einer Prügelei zwischen Streikenden und Streikbrechern. Die Streikenden wurden bis zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl niemand erhebliche Verletzungen davongetragen hatte. Die Streikbrecher waren nicht angeklagt, und ebenso interessant ist die Freisprechung eines Streikbrechers in Hamburger Hafen, der einen Streikenden durch einen Revolvererschuß schwer verletzte, so daß derselbe bald darauf an der erlittenen Verletzung starb. —

In Erfurt hatte sich der 25 Jahre alte Steinmetz Paul Fromm wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und Nötigung zu verantworten. Der Angeklagte war daselbst am 25. April cr. wegen Lohnunterschieden aus der Arbeit getreten. Obwohl ihm unterjagt worden, die verlassene Werkstätte niemals wieder aufzusuchen, ging er anderen Tages doch dorthin und verjagte einen nichtorganisierten Arbeitskollegen durch Drohungen und Schläge zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen, was ihm auch gelang, allerdings nur auf wenige Stunden, denn anderen Tags stand der Arbeitswillige wieder an seinem Platze. Die Staatsanwaltschaft beantragte 6 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte jedoch unter Berücksichtigung, daß ein Arbeitswilliger unter dem Druck eines anderen zu leiden hatte, auf ein Jahr Gefängnis. —

Die Strafkammer zu Braunsberg in Ostpreußen verurteilte vier russische bei dem Haffuserbahnbau beschäftigte Arbeiter, die anlässlich des Streiks Mitarbeiter zum Streiken „zwingen“ wollten, wegen Nötigung zu je zwei Monaten Gefängnis. —

Kaiser Wilhelm als Sozialpolitiker.

Als Herr von Puttkamer das Wort aus sprach, hinter jedem Streik laiere die Hydra der Revolution, konnte man aus so manchem Anzeichen schließen, daß der damalige Prinz von Preußen, der jetzige Kaiser, gleichen Sinnes mit dem damaligen Minister des Innern war. Aber bald, nachdem der Kaiser aus Mader gekommen war, sprach er sich mehrfach in einem Sinne aus, der zur Ausnahme berechtigte, daß er in dem Emporstreben der Arbeiterklasse ein berechtigtes Bestreben sah.

Am 6. April 1889 betonte er gegenüber dem Abgeordneten Rösche die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern.

Bei dem Empfang der Arbeitgeber im Bergbau am 16. Mai 1889 sagte der Kaiser: „Es ist ja menschlich natürlich, daß jedermann versucht, sich einen möglichst günstigen Lebensunterhalt zu erwerben. Die Arbeiter lesen Zeitungen und wissen, wie das Verhältnis des Lohnes zu dem Gewinn der Gesellschaften steht. Daß sie mehr oder weniger daran teilhaben wollen, ist erklärlich.“

An die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 braucht bloß erinnert zu werden. Was die Regierungen von Verleppich bis Bielefeld alles unterlassen haben, sie auszuführen, ist mahnend bekannt. Diese Nichterfüllung der damaligen Verpflichtungen ist um so bemerkenswerter, als der Kaiser am 11. Februar 1890 dem Abg. Ehmern gegenüber äußerte:

„Ob wir nun Dank oder Un dank für unsere Bestrebungen für die Aufbesserung des Wohles der arbeitenden Klassen ernten, in diesen Bestrebungen werde ich nicht erlahmen. Jedenfalls geben mir diese Bestrebungen nur für alles, was wir thun, ein ruhiges Gewissen.“

Bei Eröffnung des Reichstages am 14. Februar 1890 sagte der Kaiser: „Der den Arbeitern zu gewährenden Schutz gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft ist einer verbesserten Regelung fähig.“

In der Thronrede bei Eröffnung des Reichstages am 5. Mai 1890 findet sich der folgende Satz: „Die im Laufe des verfloffenen Jahres in einigen Landesteilen vorgekommenen Unruhestrebungen haben mir Anlaß gegeben, eine Prüfung der Frage herbeizuführen, ob unsere Gesetzgebung den innerhalb der staatlichen Ordnung berechtigten und erfüllbaren Wünschen der arbeitenden Bevölkerung in ausreichendem Maße Rechnung trägt.“

Am 18. Juni 1897 hielt der Kaiser seine Rede auf dem Sparenberge zu Bielefeld, in der der folgende Absatz vorlag:

„Schwere Strafe demjenigen, der seinen Nachbar an freiwilliger Arbeit hindert.“

Dem Zuchthause kam in den Berichten über die damalige Rede nichts vor, in Dönhause freilich sagte der Kaiser, daß er schon damals das Zuchthaus für dieses neue Vergehen in Aussicht stellte.

Am 5. Mai 1897 lobte der Kaiser beim Empfang des Präsidiums des Reichstages die englischen Maschinenbauer

wegen der Ruhe und Ordnung, die sie bei ihrem Niesenlampf zeigten.

Am 17. Dezember 1897 spendete der Kaiser den Hamburger Rhetoren sein Lob wegen der Abweisung der Forderungen der Hamburger Hafenarbeiter.

Sozialpolitische Rechtspflege.

Wink zur Unfallversicherung. Es ist manchem Arbeiter nicht bekannt, daß er bei erlittenem Unfall Krankenunterstützung zc. beziehen kann, wenn er auch nur auf 2 bis 3 Tage, also „vorübergehend“ vom Arbeitgeber beschäftigt wurde, deshalb nicht zur Krankentasse angemeldet war und während dieser Zeit einen Unfall erlitt. Viele Arbeiter richten sich da einfach nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes und glauben, sie hätten keinen Anspruch, wenn sie nicht krankenversicherungspflichtig waren. Der § 5 Abs. 10 des Unfallversicherungsgesetzes sagt aber klar und deutlich: „Den nach § 1 versicherten Personen, welche nicht nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes versichert sind, hat der Betriebsunternehmer die in den §§ 6 und 7 des Krankenversicherungsgesetzes vorgesehenen Unterstützungen einschließend des aus dem vorhergehenden Absatz sich ergebenden Mehrbetrags für die ersten 13 Wochen aus eigenen Mitteln zu leisten.“ Es fragt sich also immer nur, ob der betreffende Betrieb auch der Unfallversicherungspflicht unterstellt ist. Es kommen Fälle genug vor, in welchen dies der Fall ist und die Arbeiter trotzdem aus Unkenntnis auf Krankenunterstützung verzichten oder sich einfach vom Arbeitgeber abspenken lassen.

Militärische Nachrichten.

Bojkottiertes Kriegervereinsfest. Sämtliche Reserve- und Landwehroffiziere haben das Kriegervereinsfest der vereinigten Krieger- und Militärvereine Mißbilligend am Sedanstage bojkottiert. Der Bezirkskommandeur Frhr. v. Schardtstein antwortete auf die Einladung, daß er sich an den Festlichkeiten in keiner Weise zu beteiligen gedenke. Diese Bojkottierung eines Kriegervereins richtet sich nun gar schon gegen nationalliberale Wähler. Der Vorsitzende des Bezirkskriegerverbandes Nordwest-Thüringen-Oberereichsfeld, Premierlieutenant a. D. Koethe hatte nämlich vor den Reichstagswahlen einen Aufruf nationalliberaler Wähler zu Gunsten des Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei, Oberlehrer Eichhoff, mitunterzeichnet. Wegen dieses Eintretens des nationalliberalen Herrn Koethe gegen den konservativen Kandidaten erfolgte eine Interpellation im Kriegerverein darüber, wie er es mit seiner Stellung als Vorsitzender eines Kriegerverbandes für vereinbar halte, öffentlich in den Wahlkampf eingzugreifen. Herr Koethe legte darauf sein Amt als Vorsitzender nieder. Bei der Neuwahl wurde er trotz heftiger Gegenagitation der konservativen Mitglieder wiedergewählt. Als Folge dieser Wiederwahl kann nach dem Berliner Tageblatt die Nichtbeteiligung der Offiziere an der Sedanfeier gelten.

Eine förmliche Schlacht zwischen Militär und Zivil wurde auf offener Straße in Münster geliefert. Einige Arbeiter waren mit zwei Artillerie-Unteroffizieren in Wortwechsel geraten, in dessen Verlauf die Soldaten blank zogen und mit der Waffe losstieben. Die Arbeiter — fünf oder sechs an der Zahl — wehrten sich mit den Fäusten und überwältigten die Angreifer; danach setzten sie ihren Weg fort. Die Unteroffiziere, denen die Waffen gelassen waren, stürzten nun in blinder Wut auf das Publikum, das sich um den Schauplatz gesammelt hatte, und schlugen links und rechts — wie es traf — auf die fliehenden Leute ein. Dabei wurden 10 bis 12 Personen, darunter schulpflichtige Kinder, verletzt. Ein des Wegs kommender Infanteriemajor nahm die „Krieger“ mit und dann erschien auch die Polizei, um die Menge zu zerstreuen.

Auch in Bünden bei Hannover kam es zu einem Streit zwischen Zivilisten und einquartierten Soldaten. Der Wirt eines Lokals in der Ottenstraße merkte, daß mehrere Burtschen mit seinen militärischen Gästen anzubinden suchten; er forderte sie deshalb auf, das Lokal zu verlassen. Als sie sich weigerten, wurden die Wortführer gewaltsam hinausbefördert, und nun begannen sie mit ihren Genossen einen wütenden Angriff auf die Wirtschaft, die von dem Militär mit blanker Waffe verteidigt wurde. Die großen Spiegelscheiben sowie die Fenster des Hauses wurden demoliert, und erst weiterer militärischer Hilfe gelang es, dem Gesecht ein Ende zu machen. Der „Anführer“ wurde nebst anderen an Ort und Stelle verhaftet, weitere Verhaftungen erfolgten gestern und auch heute noch werden die Untersuchungen fortgesetzt. Das Militär soll sich durchaus korrekt benommen haben.

Kleine Chronik.

In Allenstein (Ostpreußen) haben, wie man der Kölnischen Zeitung schreibt, zwei Strafgefangene drei Einbruchsdiebstähle verübt. Mit ihrem Raube lehrten sie in das Gefängnis zurück.

Im Puriſchen Paß hat unlängst ein Fischer einen Seehund im Netze gefangen. Das Tier wog 76 Pfund.

Eine Frau aus Mordrejew (Oberschlesien) wollte drei Schweinsblößen voll Spiritus, die sie unter ihren Kleidern trug, nach Rußland schmuggeln. Bei der Revision auf dem Postamt plagte aber eine der Blößen, und so kam die Sache auf.

Im Kanton Schwyz wollte man vor einiger Zeit einen „Einbaum“ gesehen haben. Andere meinten, es sei eine große Baumwurzel gewesen. Jetzt schwebt einer in der Schwyzer Zeitung Stein und Bein, es sei doch ein Fiesel gewesen, ein molchartiges von fünf Schuh Länge, und einen dreimal geringelten Schwanz habe es gehabt.

Yadstone hinterließ nach seinem jetzt veröffentlichten Testament 1180 000 Mark bewegliches Vermögen und die Bestuhung Sawarden Castle.

Am Dienstag fuhren zwei Wagen der bei Cornwall über den St. Vorenz-Strom führenden großen neuen Eisenbahnbrücke plötzlich zusammen. Dreizehn Arbeiter wurden getötet, zwölf erlitten Verletzungen.

Sensationelle Enthüllungen

über die Behandlung politischer Gefangener in Kroatien veröffentlicht die in Fünfkirchen erscheinende Zeitung Munkas. Das Blatt schreibt:

Gelegentlich der letzten Abgeordnetenwahlen in Kroatien warf der Sozialismus so hohe Wellen, daß die Bourgeoise erschrocken und zu den brutalsten Gewaltmitteln griff, um die über ihrem Kopf zusammenschlagende Bewegung zu unterdrücken. Sie mobilisierte ihre ganze Kraft, Militär wurde zu Hilfe genommen und wer sich darauf zurückließ, weiß, daß zu jener Zeit stromweise unschuldiges Blut floß. Die Bourgeoise glaubte — gerade so wie in Ungarn — daß wenn sie die geistigen Führer zusammenfangen läßt, damit gleichzeitig auch der Idee selbst den Garaus gemacht hat; sie ließ also alle geistigen Führer vor Gericht stellen.

Auch Stefan Lapuch, der Redakteur der Agrarier-Blätter, war unter ihnen. Vorige Woche verließ er das Zuchthaus in Mitrovitz und kam nach Fünfkirchen, wo er, als gelehrter Schriftsteller früher längere Zeit bei der Fünfkirchner Zeitung beschäftigt gewesen war. Sein Gesicht ist fahl, eingefallen, die Augen tief in die Höhlen zurückgefallen; von Zeit zu Zeit bekommt er einen heftigen Husten, was auf Brustkrankheit schließen läßt. Als gesunder Mann ging er ins Zuchthaus, als gebrochener Greis kam er heraus.

Seinerzeit wurden 67 eingefangen und sämtlich zu Zuchthausstrafen verurteilt. Von diesen wurden aus dem Mitrovitzer Zuchthause schon zehn nach dem Friedhof getragen und werden nach Lapuch's Meinung mindestens noch zehn in kürzester Zeit dem Leben Abtue sagen.

Das Zuchthausgebäude ist zwar neu, doch paßt die Behandlung der dort Internierten ins Mittelalter.

Vor ihrer Verurteilung — also während der Untersuchungshaft — waren sie in Einzelzellen untergebracht, wo sie acht Monate zubrachten. Während dieser Zeit waren sie Höllenqualen ausgesetzt, weil sie nicht gesehen wollten. Salzheringe bekamen sie zu essen und als sie dann Wasser verlangten, um ihren Durst stillen zu können, wurde ihnen dies verweigert, so daß sie gezwungen waren, ihren eigenen Urin zur Linderung des Durstes zu verwenden. Waren sie fest eingeschlossen, so werkte man sie unsanft, um sie sofort einem Verhör zu unterziehen. Gestanden sie trotzdem nicht, so schleppte man sie in die Zellen zurück und hieß sie in diesen im Kreise so lange laufen, bis sie umfielen. Dann kamen die Gefängniswächter und schlugen sie mit einer Hundspitze so lange, bis das Blut aus ihrem Körper floß. War es erreicht, daß der eine halbtot auf der nassen Erde lag, ließ man ihn liegen und ging zum nächsten.

Am nächsten Tag wiederholte sich die Tortur! Auch gab es Häftlinge, die man, um aus ihnen ein Geständnis herauszupressen, mit Zangen an den Geschlechtsteilen zwickte, so daß infolge dieser Peinigungen zwei Genossen (Duso Horvatic und Jlia Markovits) noch während der Untersuchungshaft starben. Nach solchen Torturen kam der Oberstaatsanwalt selbst in die Zellen und forderte die Verhafteten zum Geständnis auf, widrigenfalls sie einer noch schlimmeren Behandlung (!) gewärtig sein könnten. Lapuch wies dem Oberstaatsanwalt die Thür. Das sollte er aber büßen. Der Allgewaltige ließ ihn in die schlechteste, mit Gestank und Miasmen erfüllte Zelle werfen. Das Wasser rieselte von den Wänden, statt eines Betts gab es nur einen Strohsack auf der Erde, und da das Wasser keinen Abfluß hatte, lag der Strohsack im Wasser. Hier wurde Lapuch krank.

Aber auch nach ihrer Verurteilung ward den Gefangenen kein besseres Los beschieden. Trotzdem das Gebäude, wie schon erwähnt, neu ist, besitzt es weder ein regelrechtes Spital, noch eine Apotheke, noch Arzt oder Bibliothek. Die verurteilten Sozialisten wurden mit Gaunern, Einbrechern, Mördern in einen Raum gesperrt und gleich diesen behandelt.

Das Zuchthaus ist mit einer Dekonomie verbunden, doch wer draußen im Freien arbeitet, dem ergeht es noch schlechter. Die Wächter schlagen die Verurteilten fortwährend mit den Gerechtigkeitsschellen. Jede Woche wurden ein, zwei der im Freien Arbeitenden krank ins Zuchthaus gebracht, doch schon nach einigen Tagen erlunte das Totenglockchen, und der Arme wurde hinausgeschleppt.

Die Zeitung Munkas schießt ihre sensationellen Enthüllungen mit den Worten:

„Lapuch hat die Absicht, diese Thatfachen der kroatischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, um so das herrschende System zu stürzen; sollte sie hierzu nicht geneigt sein, so wird er sich an das große Publikum wenden, denn das darf doch nicht zugelassen werden, daß Ende des 19. Jahrhunderts die Rechtspflege sich solcher Waffen bedient!“

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am Dienstag, den 3. September, tagte bei Großthum eine Versammlung der Bahnhöfe Magdeburg des Verbandes der Bau-, Erd- und Hilfsarbeiter, die von etwa 100 Personen besucht war. In derselben wurde der Streit und die jetzige Situation im Baugewerbe besprochen. Eine Anzahl „Arbeitswilliger“ wurden aus dem Verbandsausgeschlossen, ein Kollege, der schon früher ausgeschlossen war, wieder aufgenommen, da er versprach, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Eine Anzahl Redner tadelte das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes und sprachen sich lobend über die in anerkannter Weise von Seiten des Stadtrates Neimarus unternommenen Versuche, eine Einigung herbeizuführen, aus. Sodann wurden die Kolportage gewährt und ein Antrag angenommen, nach welchem die Altstadt Magdeburg die Kontrolle und Einziehung der Mitgliedsbücher zuerst vornehmen muß. Mit der Aufforderung, fest auszuharren im Kampfe, wurde alsdann die Versammlung geschlossen.

Wasserstände.

Ort.	7. Sept.	8. Sept.	9. Sept.	10. Sept.
Augsburg	0.49	0.52	0.03	—
Dresden	1.70	1.70	—	—
Ergau	0.09	0.05	0.04	—
Wittenberg	0.71	0.70	0.01	—
Hoflau	0.18	0.20	0.02	—
Barby	0.46	0.48	0.02	—
Schönebeck	0.27	0.25	0.02	—
Magdeburg	0.80	0.80	—	—
Zangerhude	1.05	1.04	0.01	—
Wittenberge	0.82	0.81	0.01	—
Dömitz, Pegel	0.23	0.22	0.01	—
Lauburg	0.33	0.30	0.03	—

Unterhaltungsteil.

Mente.

(Nachdruck verboten.)

Roman von E. Selig.

„D — je!“

Da saß sie neben dem rundlichen Manne in der Droschke und staunte noch immer, daß er sie nicht verloren hatte in dem Gewühl in der großen Halle des Bahnhofes, in die man die ganze Willroder Kirche hineinschieben könnte, wie eine Pfanne in einen Ofen. Die vielen Gesichter, dies Nennen, Schieben, Stoßen! Sie hatte manchen Puff bekommen, denn sie wendete und drehte immerwährend den Hals — es war so viel zu sehen — um die Menschen, mit denen sie stundenlang zusammengesessen, sich gar nicht bekümmert — jeder raffte sein Eigentum zusammen, jeder wollte rascher hinaus als der andere. Da fieseln sich welche um den Hals und stießen sich und ließen sich gar nicht wieder los, da waren langröhrlige Diener mit blitzenden Knöpfen, wie solche vom gräflichen Gut wohl mit Bestellungen zu ihnen hereinkamen, und da Offiziere und dort blaustreifige Leute. Es war ja stumm, als wenn man sich auf dem Schlagenhof in Willrode drängte.

Über immer weiter zog Herr Wentstern dem Ausgange des Potsdamer Bahnhofes zu — eine alte Frau schimpfte, die wäre beinahe von ihnen umgerannt.

„Ja, kleine Mente, hier in Berlin ist alles lebhaft, lebhaft!“

Und nun die große Treppe. Sie wäre fast beim ersten Schritt auf derselben gestrauchelt. Was sie da unten sah, das blendete und verwirrte sie völlig: So viele strahlende Laternen, hell wie Tageslicht, und unter denen wogte es hin und her — Fußgänger und Fahrende. Solch eine breite Straße da unten vor ihr und ein Hasten und Rollen darin, ein Klingeln und Klappern. Und die Häuser bis zum Himmel hinauf, daß man schwindelig wurde, um an ihnen in die Höhe zu sehen! Und da drüben weißer Lichtglanz und Bäume und Lüden, Wagen und Karren — und ein Schreien und Schwirren!

Daß Menschen durch all das hindurch finden konnten, das war so erstaunlich! Daß nicht alles auf einander und über einander stürzte, überfahren, zu Boden gerannt wurde! Eine furchtbare Angst überkam sie —

„D je!“

„Na, heute müssen wir schon mal eine Droschke spendieren,“ lachte der Reisende, „sonst fährt's sich's auch gemächlich in der Pferdebahn — mit Glanz müssen wir ankommen, Fräulein Mente, — was?“

Er hätte noch viel sagen können, sie hörte es doch nicht, sie staunte mit großen Augen all das wunderbare an, an welchem sie vorüber glitten. Sie sah ganz kerngerade auf dem roten abgeschabten Polster der Droschke zweiter Klasse — und sie meinte, die mühten's ihr alle ansehen, daß sie nun aus Willrode gekommen war, Mente Bernhardt, um ihr Glück zu machen. Sie atmete tief auf! Ja, das mußte sie hier finden in dieser eigentümlichen Luft, die sich so beklemmend auf die Brust legte — und sie schüttelte den blonden Kopf. Aber was das allerwunderbarste war, daß sie gar kein bekümmertes Gesicht sah, daß es so viele Menschen auf einem Streden zusammen gab, und daß man nicht von einem den Namen wußte!

„Na, Mente?“

Ihr Beschützer sah ihr in das erregte Gesicht. „Wie man sich nur da durastunden kann!“ sagte sie. Und dann staunte sie den Kutscher an, der ausbliegen und einklinken konnte.

„Dafür sind wir Berliner — und dann, das lernt sich!“

Der Platz, über welchen der Wagen bog, die Pferdebahnen, welche da aneinander vorbeiglichen, alle voll Menschen, die sich hinein- und herausdrängten! Und die Lüden, Blauen, deren Duft bis zu ihr drang, und so viele Wirkte, wie sie nie zusammen gesehen hatte, Porzellan, Konditorwaren und Obst, und das alles so schön ausgelegt, so einladend.

Der Wagen hielt vor einem Hause in der Potsdamerstraße; Güte im Schaufenster, das war ein Abend — Celine Schulz stand in großen goldenen Buchstaben auf einem schwarzen Schild. Ihr Ledertaschen in der Hand, folgte sie Herrn Wentstern.

Die Ladenhür bimmelte nicht so mächtig, wie bei ihnen in Willrode, daß man es durch's ganze Haus und bis in den Garten hören konnte, ein einziges scharfes Ding war's. Eine warme, parfümierte Luft drang ihnen entgegen.

Zwei weibliche Gestalten bewegten sich hin und her in dem Raum, die eine vor dem geöffneten großen Glasschrank, die andere neben dem Ladenisch, man konnte sie zweimal sehen: in den Spiegeln der Seiten- und Rückwände. Im Hintergrunde war eine durch einen türkischen Vorhang verdeckte Thür.

Beim Ton der Glocke wandte sich die eine große Gestalt um, sie war hager und hatte ein blaßes Gesicht.

„Ah, Herr Wentstern, so spät noch?“

„Sie wissen ja, je später der Abend! — Fräulein Celine und Sie wissen auch, daß ich Wort halte, zuverlässig!“ Und da —

Er machte eine Bewegung nach Mente hin. „Da ist, was ich Ihnen versprochen, die kleine, nette Gehilfin.“

„Ach —“ ziemlich langgezogen war der Ton. „Daß Sie so schnell Wort halten würden —“

Sie hatte ein angenehmes Gesicht, eine feine Nase, große graue Augen, unter denen tiefe Schatten lagen, etwas verhärmtes war über ihr. Sie trug ein schwarzes, moblisches Kleid und hatte das braune Haar hochgesteckt und mit einem silbernen Pfeil gehalten.

„Wentstern ist eben Wentstern — und Ihr ganz besonderer Freund, Fräulein Celine.“

„Ja, ja freilich!“ Sie stützte die Hand, die lang und sehr weiß war, gegen die Kante des schwarzen Ladenisches, um den als Verzierung ein goldener Strich lief, und sah wie prüfend nach der Angekommenen hinüber.

Die andere rano — Mente, sie war sehr jung noch,

klein und gedrungen, mit einem ganz hübschen und kräftigen Gesicht schaute sie um sich, ein weißer Hals bog sich über der feurigroten Bluse hin und her, das Band, welches sie eben hatte wegräumen wollen, befiel sie in den Fingern.
(Vorfegung folgt.)

Gesundheitspflege.

Interessante Urteile über den Vegetarismus sind von den Leitern der drei städtischen Krankenhäuser Berlins in ihren Gutachten über die Annehmbarkeit des zur Begründung eines vegetarischen Kinderheims bestimmten Nachlasses des Prof. Dr. Julius Baron gefällt worden. Die Gutachten gehen bekanntlich dahin, daß ein Versuch im Sinne der Testamentsbestimmungen unbedenklich sei. Prof. Dr. Führer sagt in seinem Gutachten: „Trotz der wissenschaftlichen Haltlosigkeit der Lehre vom Vegetarismus muß es als erwiesen gelten, daß die Ernährung mit Vegetabilien, zumal in der eine wesentliche Modifikation bedeutenden milden Form, im Stande ist, den gesunden, auch den erwachsenen Menschen ausreichend zu kräftigen und gesund zu erhalten. Das gilt insbesondere unter der Bedingung ausgiebiger körperlicher Arbeit im Freien. Ja, es fehlt auch zuweilen nicht an Fällen besseren Gedeihens bei Herabminderung der Fleischkost. Andererseits ist durch eine einseitige Pflanzenkost bei vorwiegender Ruhe und beschränktem Luftgenuß die Gesundheit ungezügelter Menschen erheblich geschädigt worden, wie u. a. die Beobachtungen von Gefängnisärzten darthun. Der Mensch ist eben weder ein Fleisch- noch ein Pflanzenfresser, sondern im

wesentlichen auf gemischte Kost als die beste Ernährungsweise angewiesen.“ — In dem Gutachten des Prof. Dr. Nevers heißt es u. a.: „Der menschliche Organismus bedarf zu seiner Erhaltung, und der wachsende Organismus insbesondere noch zum Stoffanfang bestimmter, wissenschaftlich festgestellter Mengen von Eiweiß, Fett und Kohlehydraten. Durch eine rein vegetarische Nahrung kann ohne Ueberlastung des Darms die notwendige Menge von Eiweiß und Fett dem Organismus auf die Dauer nicht zugeführt werden, zumal das mit den Pflanzenstoffen eingeführte Eiweiß nur schwer verdaulich ist und wenig ausgenutzt wird. Eine rein vegetarische Lebensweise ist für Kinder wie für Erwachsene aus diesem Grunde unzutraglich und der Gesundheit schädlich.“ — Prof. U. Fraenkel hat sich dahin ausgesprochen, daß eine Nahrung, welche (wie es bei dem vegetarischen Kinderheim der Fall sein soll) nicht bloß aus Vegetabilien, sondern auch aus animalischen Nahrungsmitteln, soweit dieselben von lebenden Tieren genommen werden, besteht, völlig zur Ernährung und kräftigen Entwicklung des kindlichen Organismus ausreicht. —

Vermischte Nachrichten.

Ein Lebenszeichen von André? Aus Wintpeg wird der Times zufolge gemeldet, daß Indianer, die in Dauphin vom hohen Norden angekommen seien, erzählten, sie hätten Eskimos getroffen, die sagten, fremde Männer seien an den Küsten der Hudsonbai von den Wolken herabgekommen. Man glaubt, dies bezöge sich auf André. —

Die vor einiger Zeit verhaftete Kuppelerin Hartert, welche am Magdeburgerplatz in Berlin ein Absteigequartier unterhielt, in dem nur die Angehörigen der „feinsten Kreise“ verkehrten, ist im Untersuchungsgefängnis an einem Rückenmarkleiden bedenklich erkrankt. Sie wird in der Lazarettabteilung behandelt. — Wie der Berliner Zeitung berichtet wird, hat der Staatsanwalt einen Fall von „Beihilfe zur Notzucht“ aus der Anklage auscheiden müssen, trotzdem derselbe erwiesen war. Der Sachverhalt ist folgender: Eines Tages erschien bei Frau Hartert eine 18jährige Putzmakerin, um einen bestellten Hut abzuliefern. Frau H. nahm den Hut in Empfang, lud das Mädchen zu einem Imbiß ein und stellte demselben dabei ihren zu Besuch anwesenden „Neffen“ vor. Nach Beendigung des Frühstücks wurde das Mädchen, welches zwei Gläser Wein getrunken hatte, plötzlich sehr müde und schlief ein. Als die Putzmakerin nach mehreren Stunden erwachte, lag sie entkleidet in einem Bett. Auf ihr Weinen und Rufen erschien Frau Hartert, drückte dem Mädchen ein Zwanzig-Markstück in die Hand und suchte es zu beruhigen. Das Mädchen beruhigte sich denn auch, nicht so ihr Vater. Er erfuhr von Frau Hartert auf seine Drohung mit dem Staatsanwalt die Adresse des „Neffen“, eines Gutbesizers aus der Mark, und stellte diesem die Alternative: Heirat oder Anzeige. Der Gutbesitzer zog das erstere vor. Und seit einiger Zeit ist die ehemalige Putzmakerin Gutbesitzerin. Die Staatsanwaltschaft, welche von dem Vorfall Kenntnis erhalten und Anklage erhoben hatte, mußte jetzt das Verfahren einstellen, da die junge Ehefrau von dem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch macht. —

Schmidtstr. 45.

Chocoladen- und Zuckerwaren-Fabrik

Neustädterstr. 8.

Hermann Klingenberg

Magdeburg-Neustadt.

Die überaus günstige Aufnahme, welche meine Fabrikate gefunden haben, veranlaßt mich, auch in meinen Filialgeschäften

Neustädterstrasse 8 und Bismarckstrasse 13

zum Original-Fabrikpreis zu verkaufen. Nachfolgende Preise sind von heute ab in meinen vier hiesigen Geschäften maßgebend:

Bonbon-Abfall . . . per ¼ Pfd. 8 Pfg.	Waffermünz-Kugeln . . . ¼ Pfd. 10 Pfg.	Vanille-Chocol. ¼ Pfd.-Tafel 15 Pfg.	Cognac-Pralinés . . . ¼ Pfd. 20 Pfg.	Cacao Holländisch . . . ¼ Pfd. 45 Pfg.
Quodlibet . . . 8	Säuerlinge . . . 10	(in Staniol u. Etiquettes)	Marcipan diverse . . . 20	Cacao Benschorp . . . 50
Himbeeren (Fruchtgeschmack) . . . 10	Chocoladenmehl . . . 10	Crème-Chocolade ¼ Pfd.-Tafel 17	Liqueur-Kaffeebohnen . . . 20	Albert-Cakes in Rollen, ¼
Althee-Bonbons . . . 10	Kristall-Würfel . . . 10	Seidentrassen . . . ¼ Pfd. 15	Haushaltungs-Chocoladen 17 u. 20	und ½ Pfund, per Rolle
Bayer. Malz-Bonbons . . . 10	Simonaden-Bonbons . . . 10	Fondant-Mischung . . . 15	(in Staniol)	10 und 13
Zwiebel-Bonbons . . . 10	Unis-Bonbons . . . 10	Waffermünz-Pastillen . . . 15	Krümel-Chocoladen . . . 18 u. 20	Vanille-Cakes, extrafein . . . 20
Honig-Bonbons . . . 10	Waffermünz-Kugeln (sehr stark) . . . 13	Kristall-Prüfsteine . . . 15	(Pralinésform)	Bruch-Chocolade, garant. rein 20
Fenchel-Bonbons . . . 10	Vanille-Pulver . . . 13	Blissput-Mischung . . . 17	Mandel-Nuß-Pralinés . . . 25	mit Zulag . . . 18
Rosk-Abfall . . . 10	Wafeln . . . 13	Pralinés . . . zu 17 und 20	Mandel-Crème-Pralinés . . . 25	Riegel-Chocolade per Kiesel
Cashou-Bonbons . . . 10	Chocolade-Bonbons . . . 13	Sport-Seiden-Mischung . . . 20	Poupat-Pralinés . . . 25	4, 7 und 15
Roskett-Melange . . . 10	Butter-Cakes . . . 13	Gebraunte Vanille-Mandeln . . . 17	Cacao-Pulver, lose . . . 40	

Bei Entnahme größerer Posten besondere Preise. Ganz besonders mache ich noch darauf aufmerksam, daß meine Fabrikate nur aus bestem Rohmaterial hergestellt werden.

Berlinerstr. 1a.

Hermann Klingenberg, Chocoladen- und Zuckerwaren-Fabrik

Bismarckstr. 13.

Färberei u. chemische Reinigung.

Kleid zu reinigen . . . von 1.50 Mk. an.
Kleid zu färben . . . von 1.50 Mk. an.
Anzug zu reinigen . . . von 1.50 Mk. an.

Schildergasse 2/3 und Lödischehofstrasse 17.
Leopold Bausleben.

Großer Inventur-Ausverkauf!

Da es uns an Raum für die neuereintreffenden Wintersachen fehlt, haben wir uns entschlossen, nach der nunmehr beendeten Inventur einen großen Inventur-Ausverkauf zu machen, um unser überaus großes Lager in Schuhwaren möglichst ganz zu räumen. Der Ausverkauf dauert

vom 10. bis 30. September.

In dieser Zeit gewähren wir auf sämtliche Schuhwaren

trotz der bekannt billigen Preise extra noch 10 Prozent Rabatt

der beim Einkauf sofort in Abzug gebracht wird.

Durch die offen auf dem Markt von der Fabrik gestempelten Preise ist eine Ueberborteilung vollständig ausgeschlossen, es liegt im Interesse eines jeden, von dieser außergewöhnlich günstigen Offerte den ausgiebigsten Gebrauch zu machen.

Der Verkauf findet bis abends 9 Uhr ohne Unterbrechung zu streng festen Preisen und nur gegen Bar statt. Reparaturen prompt und billig!

Otto Wetzels & Co.

BERLIN

Mechanische Schuhfabrik mit Dampftrieb.

Verkaufshaus:

Magdeburg, Breiteweg 69/70

vis-à-vis Café Hohenzollern.

Wiederverkäufer machen wir besonders darauf aufmerksam.

Carl Beyes

Schuhwarenlager

5 Goldschmiedebrücke 5

empfiehlt in großer Auswahl

farbige Lederschuhe und Stiefel, Strandschuhe, Turnschuhe, Sandalen, Promenadenschuhe, Knopfstiefel, Herren-Halbschuhe, Zugstiefel, Schaffstiefel u. Pantoffeln in nur guter Qualität zu mäßigen Preisen. 1832

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Biel Geld

sparen Sie, wenn Sie bei

Friedr. Meyer

Neustadt, Breiteweg 14

kaufen.

2168

Barchent-Männer-Strümpfen 98 Pfg., 1.25, 1.40, 1.75 Mk.
Barchent-Frauen-Strümpfen 1.—, 1.25, 1.50 Mk.
Leinene Frauen-Strümpfen 1.80, 1.50, 1.75 Mk.
Barchent-Nachtjacken 65 Pfg. bis 1.75 Mk.
Kalmuck-Frauen-Hüfte von 85 Pfg. an.
Damen-Barchent-Beinkleider 75 Pfg. bis 1.50 Mk.

Durch Selbstfabrikation beste Näharbeit und billigste Preise.